



# Joos über den Fall Wirth.

Die Stimmung im linken Zentrumsflügel.

Der Zentrumsabgeordnete Joos nimmt im Westdeutschen Volksblatt Stellung zum Fall Wirth und schreibt u. a.:

„Bis zur Stunde können wir versichern, daß keine der maßgebenden Persönlichkeiten, weder im Fraktions- noch im Parteivorstand einen Bruch mit Dr. Wirth wünscht oder die Verantwortung übernehmen möchte. Veranlassung dazu gegeben haben. Wenn es Zentrumsblätter gibt, die diesen Bruch anscheinend leichten nehmen, so beweisen sie damit nur, wie sehr sie von guten Geistesprinzipien verfallen sind.“

Reichsstaatsler Marx hat sich — seiner eigenen, ruhigeren Auffassung entgegen — schließlich dazu entschlossen, den Fall Wirth klarzustellen. Der Kämmler konnte leider keine Absicht, die Klärung in einer mündlichen Aussprache vorzunehmen, insofern Zeitmangel nicht ausführen. Briefe sind in beratend belasteten Fragen immer eine gefährliche Sache. Wir fürchten, daß der eine oder andere Satz in diesem Briefe Veranlassung zu Erörterungen gibt, die in keinem Fall wünschenswert sind. Namentlich läßt der Schlußsatz mit den „erforderlichen Maßnahmen“ allerlei vermuten. Wir weisen auf das Bestimmteste, daß der Kämmler darunter nicht etwa ein Ausschlußverfahren gegen Dr. Wirth, sondern lediglich eine missbilligende Erklärung seinerseits verstanden wissen wollte.

Natürlich gibt es vereinzelt auch Zentrumsleute, die unbedingt mehr und die auch weiter gehen wollen, vielleicht sogar solche, die die Situation für „reif“ halten, um Dr. Wirth endgültig vom Zentrum abzugrenzen. Und Dr. Wirth selbst fördert indirekt durch sein Verhalten die Absichten derjenigen, die glauben, der Zentrumspartei, wie sie sie auflassen, einen Dienst zu leisten, wenn sie auf einen Bruch mit Dr. Wirth hinarbeiten.

Wir können nur immer wieder sagen, daß wir einen Bruch der Zentrumspartei mit Dr. Wirth für ein Unglück halten, für eine schwere Schädigung der Partei und eine Schädigung der deutschen Politik. Diejenigen, die meinen, sein Anhang in den Massen der Zentrumsangehörigen im Lande wäre getrennt, geben sich einer gefährlichen Täuschung hin. Das müßte in den Tagen offenbar werden, da der Bruch vollständig wäre. Gerade heute, da das Reichszentrum in einer sogenannten „bürgerlichen“ Regierungskoalition steht, muß die Partei umso klarer und eindeutiger in ihrer geistigen Selbständigkeit und Haltung erscheinen. Die Massen der Zentrumsmitglieder, auch in der Arbeiterschaft, sind dem Reichszentrum bis heute gefolgt. Mit dem Verlust haben sie die politischen Notwendigkeiten der letzten Monate begriffen, wenn auch ihr Gefühl dagegen war. Mehr kann man ihnen psychologisch nicht gummeln. Nun muß freilich auch Dr. Wirth wissen, was man vernünftigerweise einer Parteigemeinschaft zumuten kann. Wir müssen über diesen Augenblick tiefer Nervosität hinwegkommen. Die Stimmen, die Verwirrung und Bruch wollen, müssen zum Schweigen gebracht werden.

## Deutschnationaler Angriff auf Stresemann.

Wo bleibt der Marg-Brief?

Die gegenwärtige Bewirtung im deutschnationalen Lager hat sich soeben in überraschender Deutlichkeit auf dem Hamburger Landesparteitag der Deutschnationalen Volkspartei offenbart, über den begreiflicherweise die „Deutsche Tageszeitung“ auch nicht eine einzige Zeile veröffentlicht hat. Da bisher die deutschnationalen Reichsmänner jede Gelegenheit wahrgenommen haben, um sich über politische Reden Andersdenkender zu beschweren — Erbeling, Höfing, Wirth — wird diesmal Herrn Stresemann Gelegenheit zu einer Beschwörung gegeben werden, denn der deutschnational. Reichstagsabg. Graf-Samburg konnte die Gelegenheit zu einer persönlichen Attacke gegen den Reichsaussenminister im besonderen und gegen die Deutsche Volkspartei im allgemeinen. Graf sagte u. a.:

„Ich stelle fest, daß alles, was wir gegen die „Liaisons“ politik der letzten Jahre vorgebracht, und alle Voraussetzungen, die wir gemacht haben, auf Heller und Pfennig eingetroffen sind. Das gilt sowohl hinsichtlich der Unmöglichkeit der Erfüllung des Londoner Abkommens, wie auch in Bezug der Ereignisse der sogenannten Varnaopolitik. Das Fiasko dieser Politik ist in den letzten Tagen offensichtlich geworden. Ich hätte gewünscht, daß hier mit Sicherheit vorzunehmende Zusammenbruch einer dazu noch vorbereiteten vertriebenen Liaisonspolitik eingetreten wäre, ehe die Beteiligung anderer Parteien an der Regierung sich mit dem Ansehen der Mitverantwortung belastet hätte. Daß diese Machtverhältnisse so bestehen, wie sie sind, daß insbesondere das Zentrum die Möglichkeit hat, immer wieder durch die Erziehung, sich mit der Unken zusammenzutun, seinen Willen durchzusetzen, liegt in allererster Linie daran, daß die Deutsche Volkspartei unter ihrer gegenwärtigen Führung immer mehr aus einer Reichspartei, wie sie ursprünglich sein sollte und zu sein vorgab, und die sie nach der irrtümlichen Meinung vieler ihrer Anhänger noch heute ist, zu einer Partei der Mitte geworden ist, und besonders in ihrer obersten Spitze ausgesprochene Linkstendenzen verleiht.“

In die gleiche Kerbe schloß der Landesverbandvorsitzende Dr. Vinau, der ausführlich, wenn schon Nebenbelassen könnten, hätten Marx und Stresemann uns längst gerettet. Aber trotz „Silberstreifen“ ist keine Besserung sichtbar geworden.

Auch in den übrigen Verhandlungen zeigte sich erhebliche Missstimmung. Es wurde offen zugegeben, daß der Eintritt in die Regierung in der Hoffnung erfolgt sei, auch in Preußen eine Aenderung der Regierungszusammensetzung herbeizuführen. Die Verlängerung des Reichstagsjahres habe bei vielen Mitgliedern Beunruhigung hervorgerufen. In der Konföderationsfrage standen sich zwei Auffassungen gegenüber, und während sich der

Vertreter des deutschnationalen Angestellten-Ausschusses für das Arbeitszeitgesetz einsetzte, erklärte der Abgeordnete Graf dieses Gesetz in allen Teilen antragbar. Die lebhafteste demotivierende Arbeit in der Aufwertungs- und Kleinrentenfrage ist den Deutschnationalen, wie sich aus den Hamburger Verhandlungen ergab, ebenfalls überaus unangenehm geworden.

## Landräte und Republik.

Ein bemerkenswertes Rundschreiben.

Der Regierungspräsident von Liegnitz, Dr. Foeschel, hat an die Landräte des Regierungsbezirkes ein Rundschreiben über die Stellung der Landräte zur Republik gerichtet, das allgemeine Beachtung verdient. Es heißt in dem Rundschreiben des Regierungspräsidenten u. a.:

„Die strenge Unparteilichkeit, die vom Landrat wie von allen Beamten gefordert werden muß, ist nicht etwa dahin aufzufassen, daß der Landrat es sich leisten könne, eine entscheidende öffentliche Stellungnahme in Verfassungsfragen zu vermeiden. Aus der politischen Vertrauensstellung des Landrats ergibt sich vielmehr als seine selbstverständliche Pflicht, daß er seinen ganz amtlichen und persönlichen Einfluß zur Festigung des republikanischen Staates einsetzt, dessen eponomischer Repräsentant er ist. Er hat unablässig mit ebensolcher Eifer wie Festigkeit darauf hinzuwirken, daß der republikanische Staatsgedanke und seine Symbole sich in der Bevölkerung von Jahr zu Jahr mehr durchsetzen. Jedermann im Kreise muß wissen, daß kein Landrat in diesem Punkte seinen Spatz verfehlt. Ausgeschlossen ist, daß ein politischer Beamter sich in irgend einer Form — sei es durch persönlichen Geschehen, durch Lebensnahme einer Ehrenfunktion, durch geistliche Förderung oder anderes — an Veranstaltungen oder Feiern beteiligt, bei denen den heutigen Staat herabsetzende Reden gehalten oder im Falle der Befolgung nicht an erster Stelle die verfassungsmäßigen Farben schwarz-rot-gold gezeigt werden, oder bei denen von anderen Farben in demonstrativer Weise Gebrauch gemacht wird. Wenn diese Haltung der politischen Beamten, wie es erzieherlich Weise diesfalls geschieht, durch ein gleiches konsequentes Verhalten der städtischen und Kreisverwaltungen unterstützt wird, muß es gelingen, die Bevölkerung allmählich für das erforderliche Mindestmaß von nationaler Disziplin zu gewinnen. Ich erlaube die Herren Landräte, die ihnen unterstellten Polizeibeamten in gleichen Sinne anzuweisen und den Kreisassessoren und Gemeindevorständen die Beachtung der soeben entwickelten Grundzüge bringend zu empfehlen. Der Erfolg Ihrer Bemühung wird sehr wesentlich von Art und Maß ihres persönlichen Einflusses abhängen.“

## Die Reichsbahn im Jahre 1926.

Reingewinn von 55 Millionen — Die Grundlage der Liquidität.

Die Deutsche Reichsbahngesellschaft legt jetzt der Öffentlichkeit ihren Bericht über das Geschäftsjahr 1926 vor. Es ist festzustellen, daß sich in der wirtschaftlichen Lage des Unternehmens ein erheblicher Umbruch zum Besseren am die Mitte des Jahres anbahnte, während bei der gesamten Lage der deutschen Wirtschaft die Verkehrsleistungen in den ersten Monaten noch hinter den Erwartungen zurückblieben, besonders die Einnahmen aus dem Güterverkehr. Der Umbruch fiel zwar zeitlich zusammen mit dem Ausbruch des englischen Bergarbeiterstreiks und letzte sich während der Dauer des Streiks fort, jedoch legt der Geschäftsbericht Wert auf die Feststellung, daß die Besserung nicht allein durch die Wirkungen des Bergarbeiterstreiks verursacht sei. Nicht nur eine Belebung des Bergbaus und der Stahl- und Eisenindustrie war eingetreten, sondern auch eine günstige Entwicklung der übrigen deutschen Wirtschaftszweige.

Das Gesamtergebnis des Geschäftsjahres kann unter diesen Umständen vom Standpunkt der Rentabilität aus als zufriedenstellend bezeichnet werden. Der Betriebsabgang ergibt einen Betriebsüberschuss von rund 880 Mill. Mark, nachdem Ausgaben für Erneuerung in Höhe von 460 Mill. Mark gemacht worden sind. Der Vorbericht des Reichsbahngesetzes, die Eisenbahnanlagen nebst den Betriebsmitteln und den sonstigen Zubehör nach den Bedürfnissen des Verkehrs sowie nach dem Stande der Technik auf zu unterhalten und weiter zu entwickeln, ist Folge geleistet worden. Dabei wird der Aufwand für Unterhaltung und Erneuerung aus den Einnahmen der Betriebsrechnung bestritten. Die Reichsbahn war ferner in der Lage, rund 574 Mill. Mark an Reparationsleistungen zu erstatten, wobei darauf hinzuwirken ist, daß die Reichsbahn die Leistungen vertraglich postnumerando halbjährlich abzuführen kann, sie aber tatsächlich postnumerando monatlich geht, um Diskont zu eripieren. Der Reingewinn der Reichsbahngesellschaft aus 1926 beläuft sich in der Gewinn- und Verlustrechnung auf 55 Mill. Mark. Die Bilanz bringt zum Ausdruck, daß an Rücklagen zum Ausgleich für Betriebsbeschaffung, für Betriebsrechtsbeschreibungen usw. so viel angelegt worden ist, um den Gesamtbetrieb der Reichsbahn zu bewahren. Die Liquidität der Reichsbahn ist zweifellos gegeben bei Betriebsverordnungen in Höhe von 440 Millionen, Bankguthaben in Höhe von 592 Millionen und einem Kassenbestand von 8,5 Millionen. Die Reichsbahn ist auch Besitzerin von Wertpapieren in Höhe von 38 Millionen, doch kann gesagt werden, daß es sich dabei nicht um Wertpapiere handelt, die irgendwie durch die Börsenbewerte in Mitleidenschaft gezogen worden wären. Sie könnten mit demselben Betrag angelegt werden, wenn die Bilanz in diesem Augenblick aufgestellt würde. Ebenso sicher ist das Wechselvermögen in Höhe von 124 Millionen Mark.

Sehr interessant sind die Einnahmen und die Kosten der Betriebsführung der Reichsbahn, wenn man sie mit

dem Index (gleich 100) von 1913 vergleicht. Es ergibt sich dann für dieses Jahr folgender Index:

Einnahmen auf 1 Personenkilometer	124,7	
Einnahmen auf 1 Tonnenkilometer	130,1	
Kopffolienentwurf bei persönlichen Ausgaben	182,1	
Durchschnittlicher Preisstand bei den städtischen Ausgaben	160,0	
Der Index bei den Kosten ist also weit mehr gestiegen als bei den Einnahmen in Personenkilometern. Bedeutend namhaft sind die Reparationsausgaben, dann fragt man sich, woraus sich die Rentabilität der Reichsbahn ergibt, zumal die Einnahmen im Jahre 1926 gegenüber 1925 gefallen sind. Die Einnahmen in 1000 Mark waren:		
1926	1925	
Personen- und Gepäckverkehr	1320175	1430743
Güterverkehr	2830260	2868713
Sonstige Einnahmen	390006	369619
zusammen	4540801	4669075
Zusammen arbeitstäglich	14839	15308

Es ist offensichtlich, daß bei diesen Ziffern die Rentabilität nur behalten wurde durch Rationalisierung und diese drückt sich aus im Periodenbestand des Jahresabschlusses, wenn sie in Verhältnis gesetzt wird zur Betriebslänge. Es ergibt sich dann folgendes:

Gesamtpersonal auf 1 km Betriebslänge	1926	1925
Personal ausschließlich Werkstätten	1327	1377
auf 1 km	10,95	11,16

Das Reich hat im Rahmen seines Arbeitsbeschaffungsplanes mit der Reichsbahngesellschaft die Ausgabe eines Kredits von 100 Millionen Mark zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit vereinbart, zur Fortführung stillgelegter Arbeitsbauten einen Kredit von 50 Millionen Mark. Der erste Kredit ist im Geschäftsjahr 1926 mit 58 Millionen Mark abgezogen worden, dagegen hat die Reichsbahn aus eigenen Mitteln für den Zweck 20 Millionen zur Verfügung gestellt. Der Kredit zur Fortführung stillgelegter Arbeitsbauten, der erst im August 1926 zur Verfügung gestellt wurde, ist mit 5,7 Millionen in Anspruch genommen worden, weil die vorgezogene Jahreszeit einen schnelleren Fortschritt nicht gestattet. Auch dies weist darauf hin, daß die Reichsbahn in diesem Jahre für umfangreiche Bauprogramme noch Mittel zur Verfügung hat.

## Die Betrogenen melden sich.

Gegen das deutschnationalen Doppelspiel.

Die Deutschnationalen haben vor den letzten Reichstagswahlen den Inflationsgesellschaften das Bane vom Himmel verprochen. Jeder dieser Verantw. mußte annehmen, daß wenn die Deutschnationalen die Regierung übernehmen, eine fast 100prozentige Aufwertung erfolge. Die Deutschnationalen sitzen heute in der Regierung und haben einen erheblichen Einfluß. Bis heute haben sie in keiner Weise veräußert, ihre majestätischen Verprechungen zu erfüllen. Im Gegenteil, sie haben bewiesen, daß ihnen das Schicksal der Inflationsgesellschaften völlig gleichgültig ist. Die Betrogenen haben dieses deutschnationalen Doppelspiel endlich durchschaut. Die Proteste gegen den deutschnationalen Betrug und Wahlstichworte häufen sich. Die Ortsgruppe Bielefeld des deutschen Sparerbundes hat an einige deutschnationalen Abgeordneten ihres Wahlbezirks das folgende Schreiben gerichtet:

Herr Abgeordneter Trevisanus!

Vor den letzten Reichstagswahlen haben Sie als Kandidat der Deutschnationalen Volkspartei des Wahlbezirks Weisfalen-Nord zur Aufwertungsfrage nachstehendes Erklärung abgegeben und in der bisherigen Presse veröffentlicht lassen:

An die Wähler des Wahlbezirks Weisfalen-Nord! Zur Frage der Aufwertung aller Markforderungen erklären wir zusammenfassend noch einmal:

1. Unsern Reichstagskandidaten Dr. Wolf, den Ehrenvorsitzenden des Hypothekengläubiger- und Sparerbundesverbandes das Deutsche Reich, der am 7. Dezember als deutschnationaler Reichstagsabgeordneter in den Reichstag eintritt, werden wir bei der Vertretung seines Gelehenvertrags unterstützen.

2. In Fortsetzung der bisherigen Haltung der deutschnationalen Reichstagsfraktion treten wir für eine individuelle Aufwertung nach Treu und Glauben ein Bielefeld, den 2. Dezember 1924.

Die Spitzenkandidaten der deutschnationalen Liste Nr. 2 geg. G. R. Trevisanus, geg. Dr. Eugenberger, ges. Graf Merwede, ges. Krieger.

Tausende und aber Tausende betrogene Sparer haben Ihnen daraufhin Ihre Stimme bei der damaligen Reichstagswahl gegeben in der festen Erwartung, daß ein ehemaliger Offizier aus zu seinem Worte stehen werde.

Das Zustandekommen der sogenannten „Aufwertungsgehe“ sowie die gegenwärtigen Verhandlungen in Reichsausschuss des Reichstags über deren Aenderung haben bewiesen, daß Sie und Ihre Parteifreunde nicht nur in keiner Weise die berechtigten Interessen der geschädigten Sparer vertreten haben, sondern in trafen Widerspruch zu Ihrem Wahlversprechen gegen den Weisfalen Gelehenvertrags befallenen, für die Annahme der ständischen Aufwertungsgehe stimmten und fälschlich gestellten Besserungsartige anderer Parteien systematisch absahen.

Die Enttarnung ist grenzenlos! Sie dürfen versichert sein, daß wir Entschlossen bei der nächsten Reichstagswahl nichts vergessen haben und Ihnen wie Ihrer Partei gebührende Abfuhr erteilen werden.

Der Vorstand des Sparerbundes.

Ortsgruppe Bielefeld.

Diese offene Erklärung ist deutlich, aber durchaus berechtigt. Mit den Stimmen der Rentner und Sparer haben die Deutschnationalen einen Wahlstich erzeugt. Bei

ächsten Wahlen werden die Geschädigten für dieses  
ge Verhalten die Antwort den Deutschnationalen  
ständig bleiben.  
für die Kleinrentner hat die demokratische Reichs-  
aktion folgenden Antrag eingebracht:  
Der Reichstag wolle beschließen, die Reichsregierung  
sich, schleunigst den Entwurf eines Kleinrentner-  
gesetzes vorzulegen, der den verarmten Kleinrent-  
ner einen Rechtsanspruch auf laufende Rente gibt,  
Befriedigung des Kulturminimums neben dem  
Einkommen. — Wie wir schon erfahren, hat die De-  
mokratische Partei in zahlreichen Orten Deutschlands  
und Feststellungen gemacht, die ergehen, daß die  
Kleinrentner so offensichtlich ist, daß die demokratische  
Reichsaktion sich trotz aller Schwierigkeiten, die sie  
praktische Durchführung nicht unterliegen, ver-  
lassen hat, diesen Antrag zu stellen. Tatsächlich  
ange ein großer Teil des auf die Kleinrentner-  
gesetz entfallenden, völlig verarmten Mittelstandes so  
in geworden, daß niemand einer Fortbauer des ber-  
ten Zustandes mehr ruhig zusehen kann. Alle bis-  
herige Gesetzgebung und Rechtsverordnungen haben es  
nicht möglich gemacht, die verarmten Kleinrentner vor materieller  
Armut und vor überflüssigen jenseitigen Auslagen zu  
schützen. Aus diesem Grunde hat die demokratische  
Reichsaktion den Antrag gestellt, um die Angelegen-  
heit endlich einmal in Fluß zu bringen.

### Badische Wahlreform.

Kleiner Wahlkreis statt Listenystem.

Der Ruf nach einem neuen Wahlrecht aus dem Lande  
ob. Im Reiche ist man bisher nicht mit Energie an  
strebt gegangen, dagegen steht der badische Landtag  
in der Beratung einer neuen Wahlreformvorlage, die  
den Wahlkreis dem Listenystem vorschlägt. Im Verlaufe  
des badischen Landtags wurde jetzt das Ge-  
setz den Stimmen der Sozialdemokratie und des Zent-  
rums gegen Deutsche Volkspartei und Kommunisten ange-  
nommen, während sich die Vertreter der Demokraten und  
bürgerlichen Vereinigung bis zur Stellungnahme ihrer  
Stimmen enthielten.

Das Ergebnis der Ausschussabstimmung läßt erken-  
nen, daß die Tendenz das neue Wahlgesetz in Baden hat.  
Es ist eine zweifelhafte Begünstigung der beiden großen  
Parteien, die dort bestimmen. Das Zentrum ist auch  
in Anhänger kleiner Wahlkreise, aber die Sozialdemo-  
kratie ist anderswo, insbesondere im Reiche, bisher im-  
mer noch und praktisch Begründer des Listenystems  
in, das die Einzelstimmentätigkeit nicht so sehr in den  
Vergang schiebt. Da in Baden auch die Landesver-  
fassung geändert wird, besteht für die kleineren Parteien  
die Gefahr, daß sie die Stimmen verlieren, die ihnen im  
gegenwärtigen Wahlrecht zugeordnet sind, aber doch  
nicht für die Erringung eines Mandats ausreicht.  
Deshalb sind gerade Deutsche Volkspartei und Kommu-  
nist, die beide in Baden keine große Rolle spielen,  
das Gesetz. Aber auch von demokratischer Seite  
in Bedenken gefaßt gemacht, die insbesondere darauf  
abzielen, das neue Wahlrecht eine Kandidatur  
Frau in einem kleinen Wahlkreis bei den Parteien  
möglich machen, die dann schon eine Frau zur Spitzen-  
kandidatin machen müßten. Daran haben sich aber die Wäh-  
ler nicht gewöhnt und es ist auch für eine Frau in den  
Wahlen recht schwer, die ganze Wahlarbeit auf sich  
nehmen. Die großen Parteien haben allerdings immer  
die Möglichkeit, in den Wahlkreisen, wo sie zwei oder  
drei Abgeordnete ertingen, einen Platz mit einer Frau  
zu geben.

Die Demokraten in Baden haben jedoch nicht nur Be-  
denken gegen den neuen Entwurf, sondern vertreten seine  
Gegner nicht. Es ist ja selbstverständlich, daß durch die  
Einführung kleinerer Wahlkreise das Parteienleben wieder  
lebendiger gemacht werden kann und damit auch die poli-  
tische Arbeit im Volk besser durchgeführt werden kann.  
Es ist nicht unvernünftig, daß die kleineren Wahlkreise  
vielleicht aufstrebende politische Talente einen neuen An-  
spruch vermehrt politischer Arbeit geben werden. Die  
Partei, nach vorwärts drängenden Kräfte brauchen nicht  
abzuwarten, bis sie eine große Parteimoschei bilden,  
sondern können sich schon vorher auf Neuland be-  
reiten.

### Deutsche und französische Zündholz- Gesetz.

Die hiengelegte Reichsregierung.  
Der internationale schwedisch-amerikanische Zündholz-  
krieg seinen Eroberungsfeldzug fort. Kaum daß im  
deutschen Reichstag die Wahlen der Erregung sich geglätt-  
et haben, die durch die Beratung des Zündholzmonopol-  
gesetzes entstanden, führt die gleiche Streitfrage in der  
österreichischen Kammer zu außerordentlich heftigen Aus-  
sagen. Man weiß zur Stunde nicht einmal, ob  
ein französisches Ministerpräsidenten Boniccare ge-  
nommen wird, ohne schwere innerpolitische Krisis über sein  
Zündholzmonopolgesetz hinwegzukommen. Jedenfalls ist  
Widerstand in der französischen Kammer gegen das  
Zündholzmonopolgesetz, das die französische Zündholzpro-  
duktion wie in Deutschland dem schwedisch-amerikanischen  
ausliefern würde, außerordentlich groß.  
Die Verhinderung liegt nahe. Vergleiche zwischen den be-  
stehenden Zündholzgesetzen anzustellen. Die beiden  
Zündholzmonopole unterscheiden sich in einer Reihe von  
wesentlichen Punkten, ja, man möchte ganz resigniert sa-  
gen, daß wir in Deutschland froh sein könnten, wenn wir  
französische Monopol mit dem deutschen austauschen  
würden. Gewiß, auch nach dem französischen Gesetzen  
würde der schwedisch-amerikanische Trust Produktion  
Markt in Frankreich ebenso beherrschen. Aber die  
Wahlen haben sich ihre Konzeption an die Schweden  
weiter abgeben lassen. Der in der französischen Kam-

mer unpräzise Gesetzentwurf sieht vor, daß der Staat,  
der das bisherige Staatsmonopol an die von den Schweden  
übernommene „Societe Generale des Allumettes“ abtrifft,  
am Gewinn des künftigen Privatmonopols beteiligt wird.  
Die schwedische Gesellschaft garantiert dem französischen  
Staat eine Mindestgewinnbeteiligung in Höhe des Ertrages  
aus dem bisherigen Staatsmonopol, jedoch also für den  
französischen Staat auf jeden Fall die Umstellung des Mo-  
nops finanziell von Vorteil wäre. Dabei gibt der Staat  
sein Recht nicht auf, wie im bisherigen Staatsmonopol die  
Verkaufspreise für Zündhölzer festzusetzen, da die Preisbe-  
stimmung ausschließlich in der Hand des Finanzministers  
bleibt.

Auch volkswirtschaftlich versucht der französische Staat  
möglichst viel von den Schweden herauszuholen. So hat er  
sie verpflichtet können, die französische Produktion mit  
Auslandsgewinnen in erheblichem Umfang zu beteiligen.  
Die in Frankreich erzeugten Zündhölzer werden also in  
größeren Umfange auf dem Weltmarkt abgesetzt werden.  
Nach von diesem Exportgewinn fällt dem französischen  
Staat ohne weiteres 10 Prozent zu. Für in den Zündholz-  
fabriken tätigen Arbeiter und Angestellten hat der fran-

zösischen nachzusehen. So werdet ihr heranmachen zu einem  
Gesetz, das würdig und gemacht ist der großen Auf-  
gabe, ein neues deutsches Kaiserreich zu schaffen,  
das frei von jeder Fremdherrschaft in neuem Glanz und  
neuer Größe erstrahlt. — Westphal hat gut reden. Er  
fordert die Jugend zur Schöpfung des neuen deutschen Kaiser-  
reiches auf, während er sich vor allem bemüht, durch Zu-  
stimmung zum Republikanismus, dem letzten deutschen  
Kaiser den Eintritt ins deutsche Reich zu verweigern.

### Fridericus Rex und Otto Gehilr.

Hier geschieht ein Wunder!  
Der Zündhölzler Otto Gehilr, der den Fridericus  
Rex auf der Leinwand wieder lebendig gemacht hat, „plaudert“  
im „Berliner Lokal-Anzeiger“ folgendermaßen:  
„Ich habe die Ueberzeugung gewonnen, daß ich irgen-  
wie vom Schicksal zu dieser Aufgabe bestimmt worden bin,  
und dieses Gefühl stimmt mich wehevoll und heiter.  
Gehe ich dahin, den ehrwürdigen Rock Fridericus an-  
zuziehen, so will ich allein sein. Ich will niemanden haben,  
der mir hinein hilft, jeder Handgriff ist mir selbst ein Er-  
lebnis.“

Es ist, so arrogant es klingen mag, etwas von dem  
großen Geiste in mich gefahren, ich fühle mich vollständig  
als König Friderich.

Ich gehe umher in den Zimmern von Sanssouci und  
alles ist mir oertlich; ich sehe durch die mich umgebenden  
Menschen hindurch und fühle ein unfassbares großes Denken.  
Ich habe mich in das Empfangungs- und Aufschauensleben  
Fridericus hineingeführt und wahre diese Gabe wie ein  
heiliges Vermächtnis.

In kurzem beginnen die Aufnahmen zum letzten Teil  
des Fridericus-Rex-Dramas. Eine schwere Arbeit steht mir  
bevor, die letzten 25 Lebensjahre des Königs. Ich muß  
mit ihm alter bis zu seiner Sterbestunde. Wie schwer das  
alles sein wird, kann kein Mensch ermessen. Mit der Lösung  
dieser Aufgabe ist die Bestimmung meines Lebens erfüllt.“

Nein, das soll kein Witz sein. Otto Gehilr macht als  
Fridericus keine Scherze. Da bleibt dem großen Preußen-  
könig nichts übrig als mit Götze zu sprechen: „Du gleichst  
dem Geiste, den du begreifst, nicht mir!“

### Wie der Herzog von Coburg seine Steuern zahlt.

Die „Politische Zeitung“ brachte Ende Mai diese Mel-  
dung: Im Kreisrat des Landkreises Gotha erklärte in die-  
sen Tagen der Gothaer Landrat Veitshausen, der im  
Haushaltplan vorhandene Fehlbetrag hätte längst ent-  
deckt werden können, wenn der ehemalige Herzog von  
Sachsen-Coburg und Gotha endlich seine rückständigen  
Steuern an die Kreisfiskus bezahlt hätte. Seitdem das  
Gothaische Landesvermögen auf Grund der Entscheidung  
des Reichsgerichts vom 26. Juni 1925 an den Herzog zu-  
rückgegeben worden sei, habe dieser keinen Fennig an  
Real- und Nießnißsteuern gezahlt, weil die Rentämter  
mit der Veranlagung bis heute nicht fertig geworden  
seien.

Der Kreisrat, der in seiner Mehrheit aus Vertretern  
der bürgerlichen Parteien zusammengesetzt ist, macht des-  
halb in einer Entschließung darauf aufmerksam, daß es ge-  
radezu unverständlich sei, weshalb man die Veranlagung  
zu den genannten Steuern für die großen Besitzungen des  
ehemaligen Herzogs noch nicht durchgeführt habe. Der  
Kreisrat halte sich für verpflichtet, öffentlich die Nichtver-  
anlagung dieses größten Steuerzahlers im Landkreise fest-  
zustellen.

Bei den „Kleinen“ ist man nicht so nachgiebig. Es  
ist unverständlich, warum die Veranlagung des Herzogs  
noch nicht durchgeführt worden ist.

### Beamtenfragen.

#### Demokraten und Reichsdienststrafordnung.

Der Reichsausschuß für Beamtenangelegenheiten brachte  
in der Woche vor Pfingsten die 3. Lesung der Reichs-  
dienststrafordnung zu Ende. Die Änderungen, die  
er an den §§ 1. und 2. Lesung getroffen hat,  
sind im wesentlichen redaktioneller Natur. Abgeordneter  
Brodau (Dem.) hatte eine ganze Reihe Abänderungs-  
anträge eingebracht, die den Gehaltsnachweis nach den Wünschen  
der Beamtenorganisationen, insbesondere des Deutschen  
Beamtenbundes verbessern sollten. Es verfielen ebenso der  
Ablehnung durch die Regierungsparteien, wie die sich meist  
in der gleichen Richtung befindenden Anträge der Sozial-  
demokraten. So wurden abgelehnt ein Antrag, wonach der  
Untersuchungsführer nicht durch die Eröffnungs- (Dienst-)  
Behörde (die schon den Anklagevertreter bestellt), sondern  
durch den Präsidenten des Reichsdienststrafhofes ernannt  
werden soll; ein Antrag, wonach die Beweisaufnahme auf  
sämtliche — auch die vom Beschuldigten vorgelegten —  
Zeugen erstreckt werden soll (der Entwurf stellt den Umfang  
der Beweisaufnahme ins Ermessen des Gerichts); ein An-  
trag, wonach im Reichsdienststrafhof neben den drei richter-  
lichen Mitgliedern vier Mitglieder aus dem Beamtenstand  
(nicht bloß zwei) mitwirken sollen; ein Antrag, der die  
Wiederaufnahme von Verfahren, die nach den alten Bestim-  
mungen rechtskräftig entschieden sind, in größerem Umfang  
zulassen will.

Nur in einem Fall wurde, auch nur durch eine Zufalls-  
mehrheit, ein Teilerfolg erzielt. Die in der 1. und  
2. Lesung nach dem Vorschlag des Regierungsentwurfs an-  
genommene Bindung des Dienststrafgerichts an die tatsäch-  
lichen Feststellungen eines schon ergangenen strafgerichtlichen  
Urteils wurde, wie es auch der Reichstag will, für den Fall  
beseitigt, daß die Dienststrafkammer einstimmig Zweifel an  
der Richtigkeit der Feststellungen hat; in diesem Fall kann  
das Dienststrafgericht die Nachprüfung beschließen. Eine wesent-  
liche Verschlechterung erfuhr der Gesetzentwurf, indem die  
Regierungsparteien folgende Bestimmung (§ 31 Abs. 2)  
beschlossen:

„Wird ein Mitglied (einer Reichsdienststrafkammer)  
auf einen außerhalb des Bezirkes der Reichsdienststraf-

D. D. P.  
Magdeburg

Deutsche Demokratische Partei Magdeburg

Sonntag, den 19. Juni 1927, vormittags  
11 Uhr in der „Freundschaft“ Prälatenstr. 32

## Politische Aussprache

Es sprechen:

Reichstagsabgeordneter Dr. F. Raschig  
über  
Deutsche Wirtschaftspolitik

Stadtverordneter D. Dürre  
über  
Der Etat der Stadt Magdeburg

— Eingeführte Gäste haben Zutritt. —

gösischer Staat wesentliche soziale Sicherungen und Besser-  
stellungen durchgesetzt. Die durch die Schweden zu moder-  
nisierten Fabriken in Frankreich würden bei Ablauf des  
Vertrages ohne Entschädigung an den französischen Staat  
zurückfallen.

Wie billig sind im deutschen Zündholzgesetz Lebens-  
wichtige Interessen der nationalen Wirtschaft an den aus-  
ländischen Markt im Gegensatz zu Frankreich veräußert  
worden! Keinerlei Entschädigung für den Staat. Keinerlei  
Exportberechtigung. Das deutsche Zündholzgesetz schließt  
lediglich ein privatwirtschaftliches Monopol rechtsgültig  
vor der privaten Konkurrenz!

Ernst K o m m e r, Mitglied des Reichstags.

### Politische Notizen.

#### Ein merkwürdiger Landrat.

Der Landrat des Landkreises Hammoor, Graf von  
Wedel, der kürzlich bei einem Feuerwehrtag in Gemmingen  
mit seinem schwarz-weiß-roten dekorierten Kraftwagen  
durch die Straßen fuhr, ist vom preussischen Innenminister  
abgefordert worden, über den Tatbestand einen amtlichen  
Bericht einzureichen.

#### Der Streit um Potsdams Fahren.

Das Urteil in der Verwaltungsstreitsache zwischen dem  
preussischen Staatsministerium und dem Magistrat der Stadt  
Potsdam ist zwar noch nicht gefällt worden, aber da die  
Wände im Oberverwaltungsgericht anscheinend Ohren haben,  
so verlautet schon jetzt, daß ein Urteil zu erwarten sei, wo-  
nach die Stadt Potsdam nicht gehalten werden könne, an  
anderen als den gesetzlich festgelegten Feiertagen zu flagen.

Falls ein derartiges Urteil tatsächlich ergehen sollte,  
so wird die preussische Regierung hoffentlich nicht länger  
säumen um das zu tun, was vielleicht zweckmäßiger Weise  
längst hätte getan werden sollen, nämlich sofort dem Preus-  
sischen Landtag eine Vorlage zu unterbreiten, wonach der  
11. August als Tag der Verfassung zum gesetzlichen Feiertag  
erklärt wird. Das ist durchaus möglich und steht nicht  
im Widerspruch mit der Reichsregierung. Es darf ja daran  
erinnert werden, daß auch der Reichspräsident den 11. August  
als Tag der Weimarer Verfassung festsetzt, und schließlich braucht  
auch Herr Marx als gegenwärtiger Reichskanzler gegen  
einen solchen Antrag keine Bedenken zu hegen, denn sein  
Name steht mit unter einem Antrag aus dem Jahre 1922,  
der damals im Reichstag eingebracht worden war und in  
dem der 11. August zum gesetzlichen Feiertag erklärt werden  
sollte. Schließlich sind auch in anderen Ländern Sonder-  
bestimmungen über die gesetzlichen Feiertage geschlossen  
worden. Natürlich wäre es zweckmäßig, wenn diese Frage  
durch ein Reichsgesetz geregelt würde. Daran ist aber wohl  
kaum zu denken, solange im Reichstag die jetzige Rechts-  
meinheit besteht. Infolgedessen wird sich Preußen eben  
selbst helfen müssen.

#### Sentenzen des Grafen Westphal.

Graf Westphal schreibt der „Deutschen Bismarck-Jugend“  
ins Stammbuch: „Befehlert euch an den Vorbildern der  
deutschen Geschichte in Ehrfurcht und mit dem festen Willen,

Kammer legenden Ort oder in den Wartestand versetzt, so kann der Reichsmittelrat des Innern das Mittelglied auffordern, sein Amt als Mitglied der Reichsdienststrafkammer niederzulegen; lehnt es dieses ab, so entscheidet der Reichsdienststrafhof über die Fortdauer oder Beendigung der Mitgliedschaft durch Beschluss".

**Um das preussische Polizeigeh.**

Der Beamtenausschuss der Deutschen Demokratischen Partei in Breslau hat sich mit dem Entwurf eines preussischen Polizeibeamtengesetzes befaßt und in einer Entscheidung zum Ausdruck gebracht, daß er diesen Entwurf für untragbar hält, weil er einen Abbau des Beamtenrechtes darstellt. Der Ausschuss fordert, daß alle Polizeibeamten unter das allgemeine Beamtenrecht gestellt werden. Die Aufhebung des Berufsbeamtenbundes während der ersten zwölf Dienstjahre, wie sie der Gesetzentwurf vorsieht, ist zu verwerfen. Nach Ablauf der zwölf Jahre ist bindendes Recht dahingehend zu schaffen, daß jeder Polizeibeamte ein Anrecht auf lebenslängliche Anstellung hat. Die Unfallfürsorge für Polizeibeamte ist den besonders schwierigen Dienstverhältnissen der Polizeibeamten anzupassen.

**Zur Abfindung der Junglehrer.**

Wie aus Vortragsberichten mitgeteilt wird, hat nur eine geringe Anzahl von Junglehrern von der Möglichkeit einer

Abfindung Gebrauch gemacht. Als Abfindung werden 1000 Mark gezahlt. Die Regierungen verfahren indes bei den Abfindungsgesuchen recht vorsichtig, wenn nicht gar engstirnig. Da der Staat sich durch die Gewährung der Abfindung von der moralischen Verpflichtung befreit will, die Junglehrer im Schuldienst anzustellen, so widerspricht es dem Sinn und dem Willen des Regierungserlasses, wenn die Regierungen nicht in weitgehendem Maße den Anträgen der Junglehrer und Junglehrerinnen entgegen kommen.

**Wirtschaftliches**

**Neue Dammbauten in der Nordsee.**

Nach einer Mitteilung des „Demokratischen Zeitungsblattes“ wird in diesem Jahr außer dem soeben eingeweihten Hindenburg-Damm zwischen der Insel Sylt und dem Festland noch ein weiterer Damm fertiggestellt, der Ostland mit dem Festland verbindet. Im Jahre 1928 soll dann ein Damm Ostland-Langeneß gebaut werden. Ferner haben die zuständigen preussischen Ministerien Unterhandlungen veranlaßt über weitere Dammbauten, die die Halligen mit dem Festland verbinden sollen und weiterhin ist auch ein Damm zwischen der Insel Amrum und Wyl auf Föhr geplant. Diese Dämme sind jedoch keine Eisenbahndämme, sondern sie haben den Charakter von Schutzdämmen mit dem Zweck der Landgewinnung im Wattenmeer.

Die deutschen Aktienmissionen Januar bis Mai. Die Aktienmissionen sind im letzten Vierteljahr und im 1. Vierteljahr 1927 ungefähr gleich gewesen. April 1927 ist eine Steigerung der Emissionen von 1 zu verzeichnen. Im Mai hat die Kaufkraftfähige Kapitalmarktes zugleich mit den zurückgehenden Kursen nachgelassen. Es ist daher, wie sich aus der Vierteljahresbest. des Instituts für Konjunkturfrage ergibt, anzunehmen, daß die Durchführung der neuen Kapitalerhöhungen, nach denen eine ähnliche Ausgabe wie im April zu erwarten war, nicht in Höhe erfolgen wird. Auf dem Markt der festverzinsten Papiere sei auch schon jetzt ein Rückgang der Emissionen zu beobachten. Namentlich hätten sich die Anträge auf Erlaubnis an der Berliner Börse stark verringert. Im Zusammenhang mit den vermindernden Emissionen hat die Deposition bei den Sparkassen immer noch einen verhältnismäßig großen Umfang. Der Anlageüberfluß im April war höher als im November und Dezember 1926.

**Briefkasten**

Ein mehrere! Papier darf nur auf einer Seite beschriftet werden.

Verantwortlich für die Redaktion und den Verlag Ludwig Wülf, Magdeburg. Druck: Buchdruckerei Hugo Alpers (Allg. Ztg.), Delitzsch.

**Konsumverein für Magdeburg u. Umg.**  
**Jacobstraße 42**

**Sommer-Kleiderstoffe**

<b>Wachmuffeline</b> moderne Muster, 1.05 0.88 0.72 0.65	<b>0.50</b>	<b>Boile</b> geh. schöne Muster	<b>2.70</b>
<b>Wollmuffeline</b> aparte Neuheiten 3.10 2.75	<b>1.65</b>	<b>Crepe marocaine</b> das Neueste 4.-	<b>3.50</b>
<b>Kunstseide</b> viele moderne Farben 2.25 1.60 1.25	<b>0.95</b>	<b>Zephir</b> einfarbig und gestreift 0.75 0.60	<b>0.45</b>
<b>Wachseide</b> das praktische Kleid 3.40 2.85 2.10 1.40	<b>0.95</b>	<b>Bertal</b> schöne Streifen 0.85	<b>0.90</b>

**„Zum Patzenhofer u. Hotel „Stadt Prag“**  
 Bülarstraße Nr. 1 b-2 — Fernruf: Patzenhofer 7239, Hotel  
**Das Haus der guten Küche**  
 Großer Frühstücks-, Mittags- und Abend-Tisch  
 Jeden Abend abwechselnd Stammergeichte  
 Zum Ausschank gelangen die gut gepflegten und temperiert. Schälbeil-Patzenhofer-Biere, ganz besonders made auf die neu eingebaute He- und Eisablage-Anlage aufmerksam, wodurch das Lokal auch bei stärkstem Besuch vollständig rauchfrei ist.  
 Neue Bewirtschaftung: Hermann Hol

**Alb. Willy Schülke**  
 Kunst- und Bauschlossler  
 Wallstraße 12, Magdeburg, Fernruf  
**fertigt alle Schlosserarbeiten**  
 Spez.: Markisen, Scherengitter

**Billigste Bezugsquelle für Schuhwaren**  
**B. Wolf's** Gelegenheitskäufe  
 Schwertfegerstraße 14/15.

**Die Hilfe**  
 Halbmonatsschrift für Politik, Literatur und Kunst  
 Begründer:  
**D. Friedrich Naumann**  
 Herausgeber:  
**Anton Erkelenz**  
 und  
**Dr. Gertrud Bäumer**  
 M. d. G.  
 Preis 4,50 M. im Vierteljahr  
 Man bestellt bei der Post, beim Buchhändler oder beim Verlag Ernst Ziffers' Erben, Berlin G2, Breite Straße 8-9

Die größte **Gebenswürdigkeit** Magdeburgs ist und bleibt **Parkrestaurant Vogelgesang**  
 Täglich Konzerte  
 Jetzt Beginn der Rosenblüte

**Hohenzollern-Park.**  
 Jeden Dienstag, Mittwoch, Donnerstag ab 3 1/2 Uhr  
**Kaffee-Konzert**  
 mit  
**Kleinkunst-Bühne.**

Die Wahrheit über Ihren Charakter, Liebe, Zukunft, Reichtum, Eheleben etc. sagt Ihnen auf Grund astrologischer Wissenschaft (Stendung u. Graphologie (Handschritten-Deutung) Endeunterzeichner. Ich empfehle Ihnen, heute noch zu schreiben und Ihre genaue Adresse mit Geburtsdatum anzugeben. Sie erhalten hierauf eine wichtige Mitteilung.  
**Georg Krieg**, München, Postamt 26.

**Salzquelle**  
 Jeden Sonntag:  
**Konzert**  
 Anschließend  
**Tanzkränzchen.**

**Drucksachen**  
 für Vereins-u. Privatbedarf stellt preiswert her die Buchdruckerei **Hugo Alpers** Delitzsch - Hallesche Straße 1

**Wilhelm Kobel**  
**ff. Wurstwaren**  
**ff. Fleischwaren**  
 Altrenom. Wurst- u. Fleischw. **Magdeburg**  
 Bärplatz, Fernruf

**Erstklassige Fahrräder**  
 mit Garantie, Freilauf u. Bereifung in allen Preislagen von **M 39,50** an  
 Die Aushändigung unserer besten Tourenräder erfolgt bei nur **Anzahlung M 10.-**  
**Wochenrate M 2,50**  
**AUTOFABRIK G.M.B.H.**  
 Berlin-SW 68  
 Alexandrinen-Strasse 945  
 Wir liefern unsere Fahrradmodelle freispiegel- und verpackungsfrei, jeder deutsch beschriftet.

**Hotel u. Restaurant „Weißer Bär“**  
 Bes. Ad. Bübnagel.  
**Inferieren bringt Gewinn!**

Die glückliche Geburt eines **Sohnes** zeigen an **Dr. Gustav Schroeder u. Frau**  
 Gertrud geb. Herwig  
 Magdeburg den 1. Juni 1927.  
 Kaiser Friedrichstr. 11, 1.

## Folgen der zunehmenden Teuerung.

Von Ehrenobermeister Wilh. Kniefe, M. d. B. L.,  
Kaisers-Wilhelmsstraße.

Die Einlagen in den Sparkassen nehmen in erfreulicher Weise zu. Das darf aber sicher sein, der Sparfuss ist wohl vorwiegend ein ergünder, da bei der unsicheren Wirtschaftslage bei vielen Sparern die Sorge der möglichen Arbeitslosigkeit die Ursache ist. Wenn das alles, was heute noch durch traurigere Zeiten während des jüngsten Krieges und des Inflationswindels in den Haushaltungen fehlende ergänzt würde oder ergänzt werden könnte, würde der innere Wirtschaftsmarkt bestimmt gut beschäftigt sein.

Viele warten auch noch auf den vom ehemaligen Reichsanwalt Dr. Luffner angekündigten Preisabbau, der ja bekanntlich zum 1. Oktober 1925 da sein sollte. Das Geschehene ist leider eingetreten. Fast alles ist teurer geworden, die Anderzählen und noch sicherer das Portemonnaie der Hausfrau sind Beweis dafür. Es glaubt wohl bald niemand mehr an den Preisabbau, allenfalls der Landwirt, welcher Schweine glüht. Dieser unverschämte niedrige Schweinepreis wird abermals das Gegenteil auslösen. Eine Zeitlang läßt sich der gute Deutsche mit dem in der Vorkriegszeit scharf eingeschnittenen Unterarmgefühl solche Versprechungen gefallen, aber schließlich geht es nicht mehr, und dann kommt der Augenblick, wo, wie es in der neuen Zeit heißt, Forderungen gestellt werden, möglichst durch die modernen Organismen auf der ganzen Linie. So haben die Arbeiter in vielen Berufsgruppen dieses getan. Die Lohnbewegung ist freilich noch nicht abgeschlossen. Aber man kann schon sagen 7 oder 8 Prozent der Arbeitsstunden bei Lohnarbeit wird der Entlohnung sein, also bei 2400 Arbeitsstunden zirka 180 Mark im Jahre Zulage. Die Zulage wird und muß zum Teil ausgegeben werden für Mieterhöhungen und für sonstige Zwecke des Lebens. Sie wird in der Hauptsache dem Lebensmittelhandel zugute kommen, das heißt einem Teil des gewerblichen Mittelstandes. Aber die übrigen Geschäftskreise wollen auch verkaufen. Ich glaube, daß bei der zunehmenden Teuerung für den Schreinermeister, den Schneidermeister, Schuhmachermeister nicht viel übrig ist, besonders wenn bedacht wird, daß die Maßnahmen der Reichsregierung gerade nicht verbilligend wirken. Die unnatürliche Steigerung der Telefongebühren von 6 Mark auf 13,50 Mark pro Monat, gleich 125 Prozent, muß sich auswirken, ebenfalls die in Aussicht genommenen sonstigen Postgebührenerhöhungen werden nicht nur für den kleineren Geschäftsmann neue Anstöße bringen, sondern ganz ungeheure Belastungen für Großbetriebe, welche auf Export in das Ausland angewiesen sind. Haben wir doch in Kassel eine Firma, für welche die Erhöhung der Postgebühren um zirka 50 Prozent ungefähr 90 000 Mark im Jahre ausmacht. Daß solche Firmen verschluckt werden, mit der Reklame zu sparen, ist leicht begreiflich, bestimmt nicht vorteilhaft für unseren Aufwandsbereich.

Nach all den Vorgängen ist es begreiflich, wenn nun die Beamtenfrage sich nicht mehr verdrösten läßt; steht doch ihr Einkommen in den meisten Gruppen noch unter dem Vorkriegsstand. Das Handwerk hat ein berechtigtes Interesse daran, daß ihm der Beamte, überhaupt alle Lohn- und Gehaltsempfänger, etwas abtaufen können; wo vielen hat es aber nicht weiter gereicht, wie für das Alterntwenigste. Ja, viele haben nach Nebenverdiensten suchen müssen. Auch hier liegt ein lebhaftes Interesse des Handwerks und des Gewerbes vor. Alle Selbsthilfe durch Selbstanfertigung von Gebrauchsgegenständen oder Wirtschaftlichkeit bei Konsumausgaben usw. schmälert naturgemäß das Arbeitsgebiet des Gewerbes.

Die Reichs- wie die Staatsregierung haben schon lange eingeschlossen, daß ein Ausgleich der wachsenden Ausgaben effizienter muß. Aber die ungewöhnlichen Lasten, welche der erlornen Krieg bedingt, haben den guten Willen nicht ur Tot werden lassen. Seit soll nun eine allgemeine Schulungsreform durchgeführt werden. Die Frage, woher die Mittel genommen werden können, steht noch offen. Hier werden Hunderte von Millionen benötigt werden; denn auch die Vorkriegsrechnung nach Bonifazianum zirka 250 Millionen bringen sollen, nach Ansicht der Wirtschaftswissenschaftler freilich viel mehr, trotz Rückgang des Reichs, so leicht diese Summe doch bei weitem nicht aus. Die Bekämpfung der Wirtschaftslage eine feste ist, heißt fruchtlos, also müssen neue Steuerquellen erschlossen werden. Hier heißt es für den Mittelstand aufgeschrien, daß nicht der Grundbesitz von früher plattgepreßt; das Arbeiten und Steuerzahlen der breiten Massen des Volkes. Hier können ur Erhöhungen oder Belastungen kommen, welche wirklich von allen Schichten des Volkes getragen werden. Eine Vereinfachung der Verwaltung, welche stets verlangt wird, ist bald nicht mehr zu glauben. Genau wie die Eigenwörter der einzelnen Länder im deutschen Vaterland nicht zu befehligen ist, so geht dieses Zerplittern auch durch die Verwaltungen, ja bis in die einzelnen Volksteile mit an ihnen nachteiligen Organismen.

Lezten Endes wollen die Menschen auch alle beschäftigt werden und leben. All die beschäftigten und durchgeführten Nationalisierungsvorhaben haben doch in der Hauptsache dazu geführt, Menschen arbeitslos und das ist unzufrieden zu machen. Eine Verbilligung für die teure Masse des Volkes ist nicht eingetreten, das tägliche Leben wird immer teurer. Wirklich helfen kann nur ein würdevoller der Preise. Der alte Grundbesitz ist schon immer noch der richtige; es kommt nicht darauf an, wieviel

Geld jemand erhält, sondern was für das Geld gekauft werden kann, somit wovon wir ja in der Zeit, als wir Millionen in der Tasche hatten, die glücklichsten Menschen gewesen.

## Reichswehrministerium und Handwerk. Mißstände bei Auftragserteilungen.

Wie der „Demokratische Zeitungsdienst“ mitteilt, ist in führenden Handwerkerkreisen erhebliche Mißstimmung darüber entstanden, daß bestimmte Befehlshaber der Reichswehr und der Reichsmarine ein überaus geringes Verhältnis für die schwierige Lage zeigen, in der sich das deutsche Handwerk befindet. Es liegt eine ganze Anzahl von Einzelfällen vor, in denen Beschwerden laut geworden sind. So haben sich u. a. verschiedene Handwerkskammern an militärische Befehlshaber gemeldet, um die sogenannte Schwarzarbeit von Reichswehrangehörigen zu verhindern. Es dürfte ja bekannt sein, daß diese Schwarzarbeit auch vom Reichswehrministerium bekämpft wird, weil durch solche mit Nebenberufen verbundenen Arbeiten Arbeitsstellen der Beschäftigungsmöglichkeit entzogen wird. Die Kommandantur der Marinestation in Wilhelmshaven hat u. a. auf einen derartigen Hinweis einfach erklärt, daß es nicht möglich sei, Militärpersonen die Ausübung ihres Handwerks außerhalb

D. D. B.  
Magdeburg

## Gruppe Nordfront, Alte Neustadt

Dienstag, den 14. Juni, abends 8 Uhr  
spricht im Café der „National-Fest-  
säle“, Eingang Hohepfortestraße 57

**Magistratsrat Kurth**  
über:  
**Welche Änderungen des Auf-  
wertungsgesetzes stehen bevor.**

Gäste haben Zutritt.

des Dienstes zu unterlagen. Weiter sind neuerdings auch die Bekleidungsanfrage von Reichswehr- und Marineoffizieren dazu übergegangen, Extra-Uniformen anzufertigen, und für diesen Zweck sind sogar besondere Manufakturwerke eingestellt worden. Diese Manufakturen sind militärische Reichsbetriebe und haben jetzt eine eigene Schneiderwerkstatt eingerichtet. In einem Schreiben des Reichsverbandes des Deutschen Handwerks wird ausdrücklich darauf hingewiesen, daß die Gesamtheit der Steuerzahler an den erheblichen Beträgen, welche die Unterhaltung der Wehrmacht erfordert, demnach beteiligt ist, daß die Steuerzahler auch wohl erwarten können, in dem Verbrauch der Reichswehrangehörigen eine Verbilligungsmöglichkeit zu finden. Weiter liegen noch Beschwerden darüber vor, daß die Auftragserteilung von Manufakturwerkstätten nicht an Handwerker, sondern an Strafankalten erfolgt ist.

Die demokratische Reichstagsfraktion hat sich mehrfach mit diesen Klagen beschäftigt und sie hat in einem Schreiben an das Reichswehrministerium u. a. ausdrücklich darauf hingewiesen, daß es weder im Interesse des Handwerks noch im Interesse der Reichswehr gelegen ist, wenn die Vergebung von Manufakturwerkstätten, für die im Haushalten recht hohe Beträge ausgeworfen sind, nicht an das selbständige Handwerk, sondern an Strafankalten erfolgt. Ebenso ist es nicht zu rechtfertigen, wenn militärische Reichsbetriebe Privataufträge ausführen. Die demokratische Reichstagsfraktion hat beim Reichswehrministerium den dringlichen Wunsch ausgesprochen, daß das Ministerium alle Dienststellen in bestimmter Form anweist, Maßnahmen zu unterlassen, die den um seine Existenz ringenden selbständigen Mittelstand noch weiterhin gefährden.

## Aus der Arbeit der demokratischen Reichstagsfraktion Ergebnis der Buchprüfungen 1926.

109 Mill. M. Mehrsteuern — 5 Mill. M. Geldstrafen.

Der Reichsminister der Finanzen hat dem Reichstag eine Uebersicht über das Ergebnis der während des Rechnungsjahres vorgenommenen Buchprüfungen übermittelt. Aus dieser Uebersicht ergibt sich, daß die größte Zahl der Prüfungen im Landesfinanzamt Hannover stattgefunden hat, und zwar sind hier 14 851 Fälle geprüft worden. Es folgen dann Berlin mit 9 838 und Breslau mit 6 482 Fällen. In rund 4 000 Fällen haben bei den Landesfinanzämtern Brandenburg, Darmstadt, Düsseldorf, Magdeburg und Münster Nachprüfungen stattgefunden. Insgesamt wurden Nachprüfungen in 83 706 Fällen ange-

nommen und zwar ergaben diese Nachprüfungen ein Mehr an Reichsteuern von 98 908 888 Mark, an Landessteuern, Kirchensteuern und sonstigen Steuern ein Mehr von 10 266 071 Mark. An Geldstrafen wurden verhängt 4 808 843 Mark. Die größte Summe an Mehrsteuern wurde vom Landesfinanzamt Berlin festgesetzt, und zwar betragen hier die Mehrsteuern 32 000 000 Mark. Es folgen dann der Bezirk des Landesfinanzamtes Breslau mit Mehrsteuern von 8,2 Millionen Mark, Düsseldorf mit 7,6 Millionen, Münster mit 7,2 Millionen und Köln mit 5,3 Millionen Mark. Die geringste Summe an Mehrsteuern wurde im Bezirk des Landesfinanzamtes Oldenburg festgesetzt; sie betrug hier nur etwas über 300 000 Mark.

## Das Programm der deutschen Bauernschaft.

Ueber die grundlegenden Richtlinien des Programms der deutschen Bauernschaft ist schon bei den bisherigen Verhandlungen volle Einigkeit erzielt worden. Die Durchsetzung und Einigung über alle Einzelpunkte des aufstehenden Programms ist einer bäuerlichen Programmkonferenz vorbehalten, die voraussichtlich in der letzten Juniwoche zusammentreten wird und die sich aus führenden Landwirten der verschiedenen Verbände zusammensetzen. Eine gemeinsam beschickte Zentraltagung wird dann im August dieses Jahres das endgültige Programm beschließen und den engeren und erweiterten Vorstand wählen.

## Eine Million Kleingärten in Deutschland.

Auf Grund der landwirtschaftlichen Betriebszählung wurden im Deutschen Reich 1 072 023 Kleingärten mit einer Fläche unter 500 qm ermittelt. Diese Kleingärten hatten zusammen eine gärtnerisch benutzte Fläche von 23 000 ha. Aus diesen Zahlen ergibt sich, daß die Kleingartenbewegung gerade in den letzten achtzehn Jahren und namentlich in der Zeit während des Krieges und nach dem Kriege erheblich an Umfang gewonnen hat. Auch die starke Zunahme, welche die ausschließlich gärtnerisch benutzten Betriebe von 5—50 a gegenüber der Zählung von 1907 erfahren haben — hier wurde eine Zunahme von 200 000 festgestellt — deutet in diese Richtung.

## Steuerföndung bei Hochwasserföndungen.

Der Reichsminister der Finanzen hat in einem Rundschreiben darauf hingewiesen, daß anlässlich der großen Hochwasserföndungen, die in letzter Zeit in verschiedenen Gegenden des Reiches eingetreten sind, die früheren Richtlinien über Steuerföndung auch weiterhin strengmäßig anzuwenden sind. Bei der Herbstveranlagung 1927 und der Frühjahrsoveranlagung 1928 haben die Finanzämter bei Hochwasserföndungen und ähnlicher Ereignissen im Benehmen mit den Landesbehörden und mit den Vertretern der betroffenen Gegenden, sowie unter Umständen mit Angehörigen der Berufsvertretungen Erhebungen über den Kreis der Betroffenen und die Höhe des Schadens anzustellen.

## Das Steuervereinföndungsgesetz.

Wie verlautet, wird das Reichsstatistikamt erst endgültig über das Steuervereinföndungsgesetz Bericht stellen, wenn der Reichsfinanzminister Dr. Käbber wieder nach Berlin zurückgekehrt ist. Mit der Rückkehr des Reichsfinanzministers ist am 13. Juni zu rechnen. Einmal werden weitere Besprechungen über den Gehaltsaufschlag zwischen Reich und Ländern nicht vorgehen. Die harrischen Bedenken gegen den Gehaltsaufschlag sind inzwischen bekannt geworden. Sie gehen darauf hinaus, daß das Ertragssteuersystem unter allen Umständen in der Hand der Einzelstaaten bleiben muß. Von Seiten anderer Landesminister werden mehr praktische Bedenken in der Entwurf erhoben. So ist u. a. darauf hingewiesen worden, daß ungeachtet der Ueberlastung der Finanzämter eine sofortige Uebertragung der Realsteuer-Veranlagung auf die Finanzämter nicht möglich sein würde.

## Aus der Arbeit der demokratischen Landtagsfraktion Reichsarbeitsminister und Bodereformgesetz.

Der schnellen Verabschiedung des preussischen Städtebaugesetzes sind dadurch Schwierigkeiten entgegengetreten, weil das Reich das Bodereformgesetz (Wohnheimstätten-gesetz) nicht fertiggestellt hat. Wie der „Demokratische Zeitungsdienst“ erzählt, hat Reichsarbeitsminister Dr. Braun namentlich erklärt, daß dieses Gesetz in Wäde dem Reichstag vorgelegt werden solle.

Wenn von Seiten des Reiches gesagt wird, daß die Beratungen über das Wohnheimstättengesetz schlecht vorwärts gegangen seien, und daß dadurch die Vorlegung bisher immer wieder unmöglich geworden sei, so entbehrt das jeder Begründung. Im Mai vorigen Jahres hat bereits der Reichstag einen demokratischen Antrag mit ungefähr Zweidrittelmehrheit angenommen, der die Vorlegung des vom Damaische-Ministerium ausgearbeiteten Wohnheimstätten-gesetzes verlangt. Der Gehaltsaufschlag des Damaische-Ausschusses liegt fertig vor, und die Reichsregierung ist eben durch den Reichstagsbeschluss aufgefordert worden, diesen Gehaltsaufschlag vorzulegen. Bis heute ist das nicht geschehen. Es hätte aber geschehen können, selbst wenn einige Änderungen daran vorgenommen werden sollten. Das Wohnheimstättengesetz ist deshalb so wichtig für die Durchführung des Städtebaugesetzes, weil die Frage der Enteignung reichsgesetzlich geregelt werden muß, das

preussische Städtebaugesetz also ohne Reichsbestimmungen hierüber wertlos wäre.

### Schikanen für das Bauerntum.

Notwendige Reform der Körordnungen.  
Aus Schleswig-Holstein wird geschrieben: In Bad Segeberg (Schleswig-Holstein) hat das Amtsgericht zwei kleine Landwirte zu 10 000 Goldmark Strafe verurteilt. Wohl wegen eines schweren Diebstahls oder sonstigem großen Vergehens? Nein, nur deshalb, weil der eine seine Krab bei dem nicht angeforderten Bullen des andern hat beden lassen, und das nur deshalb, weil im Bezirk des offiziellen Deffaulen Mauls und Klauenheide herrscht.

Bei der Nachprüfung dieses Falles stellte sich heraus, daß die Körordnungen einfach unrichtig erlassen sind. Meist sind sie dem preussischen Gesetz vom 15. März 1927, Meist sind sie dem preussischen Strafgesetzbuch, nicht das einen sehr viel geringeren Strafenmaßstab festsetzt, nicht angepaßt. Aber auch sonst sind die Körordnungen von den landwirtschaftlichen Kammern und damit von Großgrundbesitzern fast ausschließlich. Sie leisten sich merkwürdige Sphäre. So hat die für den Bezirk Segeberg gültige Körordnung einfach bestimmt, daß stets auf die Höchststrafe zu erkennen ist. Das Gesetz müßte nur einmal hören, wenn hieron auch der Großgrundbesitzer befreit würde, der ja so gern zahlt! Aber der braucht Befreiung ja keine fremde Güter und die Benutzung des eigenen ist nicht strafbar, auch wenn er nicht angefordert ist. Es richtet sich diese Maßnahme also nur gegen den kleinen Bauern, und der muß dann für einen einzigen Fall 10 000 Goldmark bezahlen.

Von den verkehrsbesetzten Seiten, auch der demokratischer Abgeordneten des Preussischen Landtags, ist angezogen, diese Körordnungen scheinungslos in Ordnung zu bringen. Auch der preussische Justiz- und Landwirtschaftsminister stehen auf dem Standpunkt, daß die Anpassung der Körordnungen an das preussische Gesetz nunmehr endlich erfolgen muß. Im übrigen hat auch das Amtsgericht Segeberg einen Schlichter gemacht, denn es mußte bei der Stadtpflichtung feststellen, daß jene dort geltende Körordnung dem Gesetz nicht entspricht.

## Parteinachrichten.

### Die Demokratische Partei an Professor Grehler.

Aus Anlaß des 50. Geburtstages hat der Hauptvorstand der Deutschen Demokratischen Partei an den preussischen Landtagsabgeordneten Professor Grehler ein Telegramm gerichtet, in dem dem Mitstreiter und verdienstvollen Politiker die herzlichsten Glückwünsche ausgesprochen werden.

### Ein Journalisten-Jubiläum.

In diesen Tagen hat ein verdienstvoller demokratischer Journalist, Alfred Scheel, ein seltenes Journalisten-Jubiläum begangen, denn seit zwanzig Jahren leitet die „Neue Badische Landeszeitung“ unter seiner Leitung. Alfred Scheel hat es verstanden, der „Neuen Badischen Landeszeitung“ in Baden und darüber hinaus im Reich eine führende Stellung zu sichern. Er ist schon seit Jahren Mitglied des Bürgerausschusses der Stadt Mannheim und gehört seit fünfzigjährig Jahren für den Wahlkreis Mannheim-Weinheim-Schwetzingen dem Badischen Landtag an. Mit besonderem Eifer hat sich Scheel stets für journalistischen Standesinteressen angenommen. Er war Begründer der badischen Redaktor-Organisation und langjähriger Vorleser des Landesverbandes der badischen Presse. Der badische Verband hat ihn in Anerkennung seiner Verdienste zum Ehrenvorsitzenden ernannt.

### 8. Demokratischer Beamtentag in Darmstadt.

Das Programm des 8. Beamtentages des Reichsausschusses der Deutschen Demokratischen Beamten ist nunmehr endgültig festgelegt. Die Tagung findet vom 10. bis

12. Juni in Darmstadt statt. Sie begann am Freitag, den 10. Juni mit einer Sitzung des Reichsausschusses und einer Delegiertenversammlung. In einer öffentlichen Versammlung, die abends im städtischen Saalbau in Darmstadt stattfand, sprachen Staatspräsident a. D. Fieber, M. d. L., Stuttgart über das Thema: „Konkordat und Reichsstaatsgesetz“, Regierungsrat Gerhard Vogt, Berlin, über „Die Beamtenpolitik der Reichsstaatsfraktion“ und Rechtsanwalt Heiber, Darmstadt, M. d. L. über: „Aktuelle Beamtenfragen“. In der Delegiertenversammlung am Sonnabend werden dann die nachfolgenden Themen behandelt: „Der Beamte im neuen Staat“, Referent Regierungsrat Vogt-Berlin, „Die Beamtenbildung“, Referent Köpplinger, Barmstedt-Hannover, M. d. Fr. L., „Das Problem der Beamtenbildung“, Referent Regierungsoberinspektor im Reichsministerium des Innern Arthur Heise-Berlin. Am Sonntag findet dann eine öffentliche republikanische Kundgebung statt, auf der als Redner Staatsminister Leers-Karlruhe sprechen wird.

### 80. Geburtstag Payers.

Der Senior der deutschen Demokraten, Reichsanwalt a. D. Payer feiert heute Sonnabend seinen 80. Geburtstag in vollster Gesundheit. Die Demokratische Partei Würtembergs veranlaßt aus diesem Anlaß einen parlamentarischen Abend, bei dem nach Ansprachen der Staatspräsidenten a. D. Fieber und Heß und der Reichstagsabgeordneten G. Telenz und Dr. Haas eine Begrüßung durch den Jubilar erfolgt.

### Justizrat Sandberg 70 Jahre.

Der demokratische Kommunalpolitiker Justizrat Sandberg-Gerswalde feierte in den letzten Tagen das Fest seines 70. Geburtstages. Sandberg wirkte seit 1908 ununterbrochen als Stadtvorsteher in Gerswalde. Er ist in den langen Jahren einer der Hauptstützen der Stadtvorordnetenversammlung geworden. Eugen Richter, der sich mit Stolz einen Jünger Eugen Richters nennt, ist gleichzeitig ein Vorkämpfer der Demokratischen Partei, nachdem er in früheren Jahrzehnten für die fortschrittliche Volkspartei gearbeitet hat. Die Stadt Gerswalde hat seine kommunalpolitischen Verdienste durch Verleihung des Ehrenbürgerrechts würdigen. Bedeutungslos war, daß der Antrag auf Verleihung des Ehrenbürgerrechts an Justizrat Sandberg die Zustimmung aller Fraktionen im Gerswalder Stadtparlament gefunden hat.

## Bezirk Magdeburg.

### Beranastaltungen der Deutschen Demokratischen Partei, Ortsgruppe Magdeburg.

Geschäftsführender Ausschuss: Montag, den 13. Juni, abends 7½ Uhr in den „Mittwälder-Bürgerläden“, Apfelstraße 9 (Mittwäldersaal).

Stammstisch: Dienstag, den 14. Juni, abends 8 Uhr Hotel „Weißer Bär“, Weinstraße 6. Erwünscht ist Parteibeteiligung.

Die nächste politische Aussprache findet Sonntag, den 19. Juni vormittags 11 Uhr in der „Freundschaft“, Prälatenstraße 32, statt.

Bezirksvorstand: Sonntag, den 12. Juni vormittags 11 Uhr, in den „Mittwälder-Bürgerläden“, Apfelstraße 9.

Die Gruppe Nordfront-Alte Republik der Deutschen Demokratischen Partei veranlaßt am

Dienstag, den 14. Juni 1927, abends 8 Uhr im Cafe der „National-Gehäule“, Hofplatzstraße 57, einen Vortragsabend. Magistrate Ratrat K u t h spricht über „Welche Veränderungen des Aufwertungsgesetzes seien bevor“. Wir bitten um zahlreiche Beteiligung. Eingeführte Gäste haben Zutritt.

Die Gruppe Wilhelmshafen der Deutschen Demokratischen Partei veranlaßt am Mittwoch, den 15. Juni, abends 8 Uhr im Cafe Wilhelmshafen, Gr. Diebstorfstraße 242, einen Vortragsabend. Herr Regierungsrat K u t h spricht über „Mengen- und innenpolitische Wandlungen“. Gäste haben Zutritt.

Die Deutsche Demokratische Partei veranlaßt am Sonntag, den 19. Juni, vormittags 11 Uhr in der „Freundschaft“, Prälatenstraße 32, für ihre Wähler eine politische Aussprache. Referent Herr Dr. R a s h i g, M. d. R., Ludwigschafen, Rhein, spricht über: „Deutscher Wirtschaftspolitik“ und Stadtvorsteher D ä r r e über „Der Etat der Stadt Magdeburg“. In dieser Veranstaltung sind alle demokratischen Wähler und ganz besonders die Leser unseres Blattes eingeladen.

Demokratische Jugend. Freitag, den 17. Juni, 1927, 10 Uhr, R u d e r n, Treffen Seilerwiege.

### Beförderungen.

Regierungsrat Dr. R e h r i n d e von der Regierung in Magdeburg wurde mit der kommissarischen Präsidentschaft amtsverwalterung im Kreise M e e n e r beauftragt. Der Regierungsrat Dr. G a n s h o w, früher bei der Regierung in Magdeburg, ist am preussischen Staatsministerium zum Ministerialrat ernannt worden. Wir wünschen unsere Parteifreunden in ihrem neuen Wirkungsbereich gute Erfolge.

### Wohnungsbauten der deutschen Großstädte.

Der Reinzugang an Wohnungen betrug im Durchschnitt von 36 deutschen Großstädten, auf 10 000 Einwohner bezogen: 1910 55,9 Wohnungen. Die höchsten Zugangsquoten hatten Hamburg mit 169,1, Wien mit 112,6, Chemnitz mit 98,4 und Nürnberg mit 92,3. Im Zeitraum 192 bis 25 dagegen betrug die Zugangsquote im Durchschnitt von 39 deutschen Großstädten 18,8. An der Spitze liefen Lübeck mit 48,3, Duisburg mit 33,5, Köln mit 33,3. Nürnberg hatte eine Quote von 24,5. In letzter Reihe stehen Magdeburg mit 9,7, Berlin mit 9,5 und Braunschweig mit 9,4.

### Steuerkalender für den Monat Juni 1927.

Die von den städtischen Körperschaften beschlossene Zuschläge zu den Realsteuern (Grundvermögen- und Gewerbesteuer) für das Rechnungsjahr 1927 sind von den Aufsichtsbehörden bisher noch nicht genehmigt worden. Es werden daher gemäß § 59 Abs. 2 Kommunalabgaben-Gesetz, § 53 Gewerbesteuer-Verordnung in der neuesten Fassung (Gesamtausg. 1927 S. 21) die Zuschlagsprozent für das Rechnungsjahr 1928 weiter erhoben und die hier nach geteilten Zahlungen später auf die endgültigen Zuschläge verrechnet. Neue Schenksteuer werden heute nicht mehr erhoben. Die Hebezahl über Hauszinssteuer sind bereits ausgestellt worden. Bei Paragrafen sind gegebenenfalls die vorläufigen Steuerzettel anzulegen.

Bei den städtischen Steuerkalendern sind bis 15. Juni 1927 ohne Schenksteuer zu zahlen:

### A. Gewerbesteuer: Gewerbesteuerzettel.

Die Steuer ist vorläufig nach einem Satze von 11 Prozent des Steuergrundbetrages gleich 1,1 Prozent d. h. vom Monat Mai gezahlten Gehältern und Löhnen zu zahlen (§ 53 Abs. 3 Gewerbesteuer-Verordnung). Wie bisher ist bis zum Fälligkeitstermin außerdem ein Erläuterungsbogen vorgezeichnetem Formular bei der zuständigen Stelle einzureichen.

Vordrucke sind von der Buchdruckerei Wapler, Große Junferstraße 2, zu beziehen; nur diese sind zu verwenden. Die Höhe der Zahlung ist von dem Steuerpflichtigen fest zu ersehen.

### B. Grundvermögenssteuer (staatliche und kommunale) für den Monat Juni für bebauten Grundstücke, die nicht dauernd land- oder forstwirtschaftlich oder gärtnerisch zuweilen zu dienen bestimmt sind (Kommunalsatzung § 2 Prozent).

### C. Kanalgebühr.

Die Kanalgebühr für Juni ist vorläufig in gleicher Höhe wie für den Monat Mai weiter zu entrichten. Sie beträgt unterm 11. März 1927 befristungsmäßig, ist Kanalgebühr mit Wirkung vom 1. April 1927 ab:

- a) für die nach dem Nutzungswert veranlagten (Wohn-) Grundstücke auf 1,3 Prozent des nach festgesetzten Nutzungswertes,
- b) für die nach dem Wasserverbrauch veranlagten (Werblichen) Grundstücke auf 5,3 Pfg. pro cbm Verbrauch erhöht worden.

Die Nachforderung der erhöhten Beträge erfolgt in Zufolgerung der Veranlagungsbefehle.

### D. Hauszinssteuer für den Monat Juni gemäß Hebezahl.

Bei Ueberziehung oder Ueberweisung der Steuern Steuerart, Zehnteljährlich, für den gezahlten, ist Steuerrollnummer und Zahlstelle genau anzugeben.

### Der 1. Juli 1927 ein wichtiger Termin für Spargläubige.

Vom städtischen Presseamt wird uns geschrieben: Spargläubige, die ihr Guthaben, aus dem sie Aufwertungsansprüche geltend machen, auf eine der in § 3 Aufwertungsgegesetzes näher aufgeführten Arten erworben haben, z. B. im Wege der Erbfolge, der ehelichen Gütergemeinschaft, der Erbauseinandersetzung, als Ausstattungen von Vater und Mutter, als Schenkung usw. usw., wer

## Für Gartenbesitzer und Pflanzenfreunde.

### Ucht Ratsschlüsse für Gartenbesitzer.

1. Alpenrosen, Nadelbäume und andere Ballenpflanzen müssen während des Sommers regelmäßig und reichlich feucht gehalten werden.
2. Blüten, Lupinen, Senf u. a., die als Gründungs- und Anbaufrucht angebaut sind, müssen in voller Blüte untergegraben oder ausgepflügt werden.
3. Auf das Weizenfeld des amerikanischen Strohheer- meutes achten und sofort mit Schwefelkalkspray oder Bordeaux-Flüssigkeit besprühen. Umfließende Gartenbesitzer aufklären.
4. Ameisen und deren Nester vernichten, die Ameisen verschleppen die Blattläuse, und der Gartenbesitzer hat Schlingen, Waale und Arbeit.
5. Abgetragene Erdbereiten werden entrastet. Unfrucht- bare Erdbereiten, die wohl gebildet, aber nicht getragen haben, werden entfernt und durch bessere neu ersetzt.
6. Krebsmunden der Obstbäume sind mit 16- bis 20-prozentigem Disulfidammonium zu behandeln.
7. Fruchtgeplänze Clematis werden mit laterer Kompost- erde angehäufelt, um den Wurzelballen vor dem Austrocknen durch die Sonne zu schützen und das Absterben der Ranken zu verhindern.
8. Wenn die Leitriebe an den wachsenden Schurdbäumen zu schwach wachsen, so müssen sie hochgegraben werden.

### Pflege der Spargelbeete.

Das Spargelbeete wird mit dem 24. Juni beendet. Stehen wir länger, dann schwächen wir den Wurzelstock, schmä- lern uns die nachfolgende Ernte. Die nun hervorbrechenden Spargeltrieben wandeln sich in kurzer Zeit in grüne Stämmchen um. Das Spargelkraut hat die Aufgabe, Ertragsnährstoffe zu bereiten und dem Wurzelstock zuzuführen. Nach der Ernte ist die rechte Pflege des Spargels. Wir müssen den ge- schäftigsten Pflanzen neue Nahrung zuführen. Diese besteht in festem und flüssigem Dünger. Bei älteren Anlagen ist Nahrung von unerschöpfbarem Wert, weil sie sich leicht zwischen die Wurzel verteilt, von den Pflanzen leicht aufgenommen und ver- arbeitet wird. Außerdem gibt man auf 1 q noch 8-10 kg Kainit und Thomasmehl sowie 3 kg Kalkpulver. Alle 2 bis 3 Jahre gebe man außerdem eine Kalbdüngung von 300 Gramm aufs Quadratmeter. Die Düngung geschieht aber nicht

auf den Beeten selbst, sondern in den Wegen, weil sich hier die meisten Wurzeln der Pflanzen befinden. Hier wird auch der Stalldünger flach eingebracht.

### Apfelorte Minister von Hammerstein.

Zu den Apfelorten, welche die größte Bedeutung verdienen und in keinem Garten und in keiner Obstanlage fehlen sollten, gehört ganz entschieden obengenannter Name. Minister von Hammerstein ist eine Züchtung der Staatslehr- und Forschungsanstalt für Obst-, Wein- und Gartenbau zu Gelsenheim a. Rh., ist also deutscher Herkunft. Der grünfruchtige, sonnendurftige, größte Apfel ist von hervorragendem angenehmem weinweiches aromatisches, leicht an Ananas erinnerndem Geschmack mit gelbem Fleisch. Die Frucht ist mittelgroß bis groß, ist reichlich bei guter Witterung im Gewicht bis 300 Gramm. Es ist dieses ein guter Winterapfel, der bis Anfang April aufbewahrt werden kann. Diese Sorte trägt in allen Formen sehr gut und ist besonders auch geeignet für Spalieren, feinstreichte Schurdbäume und U-Formen. Ihre Höhe und Halbschirm verlangt er viel Dünger, weil sonst infolge der großen Fruchtbarkeit die Äpfel klein bleiben.

### Der Juni im Rosengarten.

In diesem Monat wird der Rosenfreund seine Lieblinge am meisten behüten und sich an ihrer Pracht erfreuen. Er wird in seiner Freude gerne seinen Kindern erlöbte Kammert- samkeit schenken. Außer einer Nachbahrung von 25 g Kaliumsalpeter oder ebensolchem Monophosphatkalium auf den Quadratmeter wird es sein Augenmerk auf die Bekämpfung der Schädlinge richten. Gegen die Blattläuse 1 kg Quassia und 2 kg Schmirzöl auf 100 Liter Wasser; gegen den Blatt- schmetterling an heißen Tagen mit gemauertem Schwefel, gegen den Hosenblatt der Wägen spritzen mit Bordeauxflüssigkeit; 2 kg Kupferessenzöl und 2 kg ungelöschten Kalk auf 100 Liter Wasser. Für Gartenbesitzer, die ihr Sortiment vergrößern möchten, andere Rosengärten, besonders die der Spezialzüchter, zu besuchen und die Sorten in Wuchs, Form und Farbe zu studieren.

der Sparguthabenaufwertung mit dem Goldmarkwert ursprünglichen Einlage berücksichtigt. Die Sparbücher, die Aufwertungsanprüche solcher Art geltend machen können, müssen in ihrem eigenen Interesse die gleiche bis spätestens 1. Juli ds. J. schriftlich oder mündlich am Schalter der künftigen Sparkasse zu Magdeburg unter Vorlage der Nachweisungen anmelden.

**Schönebeck (Elbe).** Dessenländische Versammlung. **Diagsabende** Dr. Böhner spricht am Montag 13. Juni abends 8 Uhr im Stadtpark-Saal über **Faschismus**. Jeder demokratische Wähler hat die Pflicht, diese Versammlung zu besuchen.

**Jerichow.** Der Kreislehrerverein Jerichow II hielt Jerichow am 3. Juni seinen Vereinstag mit anschließendem Unterhaltungsabend und Ball ab. Es dürfte in diesem Proving keinen Kreislehrerverein mehr geben so gutem Zusammenhalt, und es ist erfreulich zu sehen, dass die Bürgermeister, vor allem Bürgermeister e. u. Genthin, Kreisdiakonat Arens und Lehrermeister, um die Schule zum Mittelpunkt der Heimat zu machen. Bei der Tagung berichtete Herr Konrektor Schöffelburg über Besoldungsfragen, und Abgeordneter Dr. Böhner hielt einen Vortrag über Konföderation Reichshulpe, wobei er besonders die diplomatische Aktion besprach: Einladung der Reichsregierung an Munstus, die nicht anders als ein Vorwespren eines Fortschritts aufgefahrt werden konnte. Am Unterhaltungsabend waren besonders stark beteiligt der Lehrerverein Genthin, dann vier Kollegen, die sich im ma Einzeldingen zusammenfanden, und Dr. Böhner, über den aus Witten flammenden Dichter Hans Hage und seine schneefrischen Gedichte plauderte und über die Revolution in Stuttgart erzählte.

**Quedlinburg.** Donnerstag, den 2. Juni, fand in Quedlinburg der Landgemeindevorstand der Pro-Gassen statt. Hier drei politische Parteien hatten sich interessiert, die D. L., von denen Reichstagsabgeordneter Dr. Gercke und Landtagsabgeordneter Schütz erschienen. Die D. L. mit Abgeordneten Schütz und die Demokraten mit Landtagsabgeordneten Böhner. Es ist dies erfreulich, wenn man bedenkt, etwa die Hälfte aller Deutschen in Orten unter 2000 Einwohnern wohnt, daß von den 33 000 Landgemeinden schon 27 000 in dem Verband organisiert sind. Der mer zur Steuerfrage, der Verbandssyndikus Dr. Kette, betonte, daß die Landgemeinden die Kommunalabgabe zur Einkommensteuer nicht wünschen, sondern am ehesten die Dotationen für die leistungsschwachen Gemeinden festhalten. Am übrigen hatte er sehr freundliche Worte für die politischen Regelungen der Gemeindeverordnungen, daß diese doch nicht so schlecht sein dürften, wie manchmal von rechts gemacht werden. Der Redner von Schulden, Herr Standtke, lehnte den Antrag, die gesamten verfallenen Rollen auf den Staat zu nehmen, ab, weil damit das Anstellungsrecht der Gemeinden leiden könnte. Besondere war, daß die zentrale Regelung wünschenswert ist, wenn die verschiedenen Schulden bei den gesamten vom Land an die Gemeinden übernehmenden Steuerüberweisungen erst die von der Landesverwaltung insgesamt abgezogen wird, dann erst die Zurechnungen an die Einzelgemeinden folgen, mit anderen Worten, die Städte sollen bezahlen, dann auch der Staat bezahlen. Man wird dies noch mehr im Landgemeindevorstand überlegen müssen. Wünschenswert wären unsern Hbg. Böhner eine große Beteiligung demokratischer Amts- und Gemeindevorstände an der Tagung; wir haben deren doch eine Reihe.

**Dieserleschen (Bode).** Am 27. Mai veranstaltete die Gruppe im Hotel „Stadt und Land“ wiederum einen trostgebenden, zu dem auf unsere Bitte Geschäftsführer trotz seiner angegriffenen Gesundheit erschienen war, einen Vortrag über den Verlauf des diesjährigen Sparzeitiges zu halten. Die Versammlung war gut besucht. Nach Begrüßungsworten des 1. Vorsitzenden, Dienrat Dr. Ritter, ergriß der Redner das Wort und betonte, daß es ein Unlück wäre, im Rahmen eines

1-Hündigen Vortrages ein getreues Spiegelbild der impolitischen Lage zu geben, er sich vielmehr darauf beschränken müsse, die markantesten Begebenheiten herauszufassen. Trotz dieses einschränkenden Sinnesworts neigte es der Redner, alles Wissenswerte den Zuhörern bekanntzugeben. Gewiss folgten alle den hochinteressanten Ausführungen. Guter Beifall belohnte den Redner für seine beinahe stündigen Ausführungen. Nach einer kurzen Ansprache erklärte sich Herr Ritter noch bereit, einen allgemeinen Lebensbild über die politische Lage zu geben, welcher ebenfalls beifällig aufgenommen wurde. In vorgerückter Stunde trennten sich die Anwesenden in dem Bewußtsein, äußerst angenehme Stunden verbracht zu haben.

## Schönebeck.

### Defftl. Versammlung

Montag, den 13. Juni, abends 8 Uhr  
im Stadtpark

Landtagsabgeordneter

## Dr. Böhner

spricht über

## Faschismus

**Hoflau.** In einer sehr gut besuchten Versammlung sprach Reichstagsabgeordneter Heuß über „Deutschland und Europa heute und morgen.“ Der Redner führte etwa folgendes aus:

Manchen wird lange der Mittelpunkt der Weltpolitik waren, wiewohl wir jetzt, daß die Welt noch größer ist. Der Krieg wendet in seinen Auswirkungen über die Welt. In China ringt es an, immer weiter wandern die Auswanderungen rund um die Welt: Rußland, Polen, Ägypten, England und China, das ist ein Stück Rache der Geschichte. China wurde im Kriege von London und Paris gelehrt, vom deutschen Vermögen Börsen zu ergreifen. Jetzt hat China das selbe gegen seinen einstigen Mentor. Und England wird unterliegen! England fürchtet in dem Streit zwischen China und Rußland: Wenn der Bolschewismus in Asien siegt, nationalisiert er die Bevölkerung. Dies aber dürfte der Ausgangspunkt eines neuen Weltkrieges überhaupt sein. Ob diese Konflikte zu bewirkteten Ausstrahlungen führen, oder nicht: für Deutschland ist die gebotene Politik die der strengsten Zurückhaltung.

Gleichzeitig mit den Weltproblemen hat die an Deutschlands Grenzen. In der Tschekoslowakei ist eine Bewegung eingetreten, seitdem zwei Süddeutsche im Prager Kabinett sitzen. Viel wichtiger aber ist das Problem Polen. Unsere Gefühle für Polen lassen sich dahin zusammenfassen, daß uns Polen innerlich am meisten zufluchen von allen Ländern, denn in keinem Lande ist der Haß gegen alles Deutsche so allgemein und regierungstetig gebildet, wie in Polen. Aber trotzdem dürfen wir unser Verhältnis zu Polen nicht gefühlsmäßig, sondern müssen es rein nüchtern betrachten. Dann aber ist folgendes zu beachten: Polen erhält binnen kurzem eine große Anleihe von Amerika. Damit sind aus Polen Wirtschaftskräfte zu erwarten. Aufträge aber braucht unsere Wirtschaft, und es ist leicht zu ermeinen, welche Behandlung Polens richtiger ist: die durch Streikeman, welche der durch Hergt in seiner Bauschener Rede.

Ein wichtiger Punkt in der Eingliederung ist die Frage der Steuerbefreiung. Die nächste Sitzungsperiode wird die Rahmengesetzgebung für die Realsteuern bringen, die reichseinheitlich werden soll. Leider ist aus den internen Korrespondenzen noch kein gar nichts herausgedrungen. Sie wird große Bedeutung für Länder und

Gemeinden bekommen. Der stärkste Kampf aber ist gegen die Umsatzsteuer zu führen. Reineid hat ihn begonnen und die Möglichkeit seiner Finanzpolitik ist erwiesen. Hier, beim Steuerproblem, muß angefaßt werden, denn die Umsatzsteuer macht uns gegen viele unserer größten Konkurrenten auf dem Weltmarkt konkurrenzunfähig.

Die einkunftslosen sehr beunruhlichen und nachdrücklich vorzutragen Gebanbelängnisse fanden stärksten Beifall bei der Versammlung.

**Deffau.** Die Deutsche Demokratische Partei zum Hirsdenburg-Empfang. Der geführte führende Landesverband der Deutschen Demokratischen Partei in Anhalt hat sich mit dem bevorstehenden Besuch des Reichspräsidenten von Hindenburg in Deffau beschäftigt. Er hat beschlossene, die Parteimitglieder vor allem in Deffau, Dranienbaum und Wörlitz zu bitten, sich recht zahlreich an dem Empfang des Oberhauptes des Reiches zu beteiligen und Häuser und Straßen in den Farben der Republik zu schmücken.

**Kaguhn i. Anh.** In einer gut besuchten Gruppenversammlung der Deutschen Demokratischen Partei sprach Parteisekretär Kneiss-Deffau über den Verlauf des Hamburger Parteitages. An den Vortrag schloß sich eine rege Aussprache. Bei der Besprechung der Organisationsfragen wurde beschlossene, auch während der Sommermonate regelmäßige Zusammenkünfte abzuhalten.

**Bernburg.** In einer sehr gut besuchten Versammlung der Deutschen Demokratischen Partei referierte Landtagsabgeordneter Medizinalrat Dr. Mathias über die Arbeiten im Landtag. Er führte u. a. aus:

Der Etat schließt mit fast 25 Millionen ab, wiederum einem Mehr gegenüber dem Vorjahre, das durch unvorhergesehene Ereignisse veranlaßt ist. Durch Vergleichs wies er aber nach, daß Anhalt dank der Bemühungen der Regierung folgende Finanzverhältnisse habe. Die auf den Einzelnen fallende Belastung ist gering im Verhältnis zu anderen Ländern (Steuern jährlich im Durchschnitt auf den Kopf der Bevölkerung 61 Mark, in Preußen 91 Mark, in Braunschweig 115 Mark). Bei den Ausgaben habe sich der Personalaufwand verringert: 1926 noch 63 Prozent der Gesamtausgaben, 1927 nur 57 Prozent. Der Redner ging des weiteren auf die Steuern und ihre Verteilung im einzelnen ein, wobei er besonders die vom Reich ausgehenden Einschränkungen der Freiheiten der Länder bedauerte.

An der sehr lebhaften Aussprache beteiligten sich die Herren: Kops, Dr. Schwabe, Kiecknast, Cahn, Frische. In der Vorstand des Landesverbandes wurde Herr Kuhn gewählt.

**Wer hat bezahlt?**  
**Eingegangene Gelder:** Dr. B. Hoflau 20 M., H. K. Burg 3,53 M., U. Gommern 3,53 M., G. B. Grieben 6 M., R. Burg 6,10 M., G. M. Gröden 3,53 M., R. B. Burg 3,53 M., G. B. Grieben 0,88 M., M. R. Magdeburg 15 M., P. Sch. Burg 4,60 M., P. B. Grieben 5,03 M., L. Sch. Altendörf 3,53 M.,  
 R. St. Bernburg 4,15 M., C. und C. Uhlersleben 8 M., Dr. R. Burg 3,85 M., B. C. Burg 3,85 M., A. D. Wandlung 20,78 M., M. B. Genthin 4 M., B. C. Burg 2 M., U. K. Stöben 6,40 M., G. K. Dr. Uhlersleben 5,08 M., Sch. T. Burg 4,60 M., M. B. Uhlersleben 3 M., U. K. Uhlersleben 2,25 M.

## Gehet Sie das an?

Haben Sie schon in diesem Jahre für die Partei ein Mitglied gewonnen? Wenn nicht, dann beileben Sie sich, damit wir Sie in die Liste der Förderer eintragen können.

Jeder organisierte Demokrat hat im Laufe dieses Jahres der Partei ein neues Mitglied zuzuführen.

# Für unsere Frauen

**Die Geburt der Dame.**  
 Von Ernst Heiborn.  
 Aus dem Geist der Spinnerei hat Ernst Heiborn Buch für ruhige Stunden geschrieben, trotzdem der Welt heißt: „Zwischen zwei Revolutionen“ (Wolfsberg) der Bilderfreunde, Wegweiser Verlag, Berlin). Wie born das Thema angefaßt hat, zeigt seine Darstellung Geburt der Dame.

Das Wort „Dame“, dem Französischen entlehnt, war die Mitte des 17. Jahrhunderts in Deutschland eingetrag worden. Ganz vereinzelt mag es, wenn man Heine den darf, schon zu Ende des 16. Jahrhunderts gebraucht sein. Ein Kind des Luxus, ein vornehmnes und des Weib, vom leichten Glanz der Renaissance umwoben so war die „Dame“ nach Deutschland gekommen. In dem Sinne hatte Grimmelshausen das Wort in seinem „Simplicissimus“ (1669) gebraucht. Das alte Volkswort gejunen: „Ein dama schön im garten gehn thet an einem morgen.“

den großen und furchtbaren Reichsbaum aufzubielen, und alle Lichter in der Remate der „Dame“ auszulassen. Daß das Wort selbst dem lateinischen *domina* (Herrin) entstammte, wußte man nicht, oder wollte man nicht gelten lassen. „Dame“ — was konnte das anderes sein als das lateinische *dama*, die Hirschkuh? Kam war freilich Grund genug zu demselben Gelächter und zu Spott gegeben. Nicht unwichtig reimte Logau (1654): „Was Dame sei und das was dama, wird verpöndt, daß jene Hörner macht und diese Hörner führt.“

Nur hatten die Puritän in ihrem Zorn eins übersehen: es ist leicht, ein Wort zu verstehen, es ist schwer, einen neuen Begriff, der Lebenskraft besitzt, aus der Welt zu schaffen. In der unglücklichen Zeitläufte, die dem dreißigjährigen Krieg in Deutschland folgten war für die „Dame“ freilich kein Raum gewesen. Aber die Verhältnisse besterten sich, neuer Glanz hoffischen Lebens strahlte über den Rhein, und so gab es auch in Deutschland, das Glück dem Talente die geistlichen Kinder.“ Die Dame gewann ihren Adel zurück. Man wußte, wie Lessing das Wort gebrauchte. Goethe und Schiller führten es jenseit, dann aber in der gleichen Bedeutung. Es waren Damen, die sich mit dem jungen Goethe am Ufer der Im zu zärtlichem Schöpfen einfinden. Sans Schiller: „Den Dank, Dame, begehrt ich nicht!“ Klang freilich auch etwas wie verächtlicher Unterton.

Jedenfalls sollte das Wort noch einmal feindseligen Klang gewinnen. Die Romantik ironisierte die „Dame“. Sie wurde der Inbegriff des Launischen. So spricht

Tied von „Dame Jordana“, Wlad nennt das Pubistum „die edle Dame“. Bei Heine ist es eine Testifikation: „Die Herren waren ästhetisch, die Damen von gartem Gefühl!“

Wie steht es in Wahrheit um den Begriff der „Dame“? Die Wörterbücher unterscheiden den doppelten Gebrauch des Wortes: Die Dame ist zunächst ein angesehene, vornehme Frau, der man das Prädicat „guteleibet“ nicht vorenthalten kann, sie ist schon die, welche man liebend verehrt. Die Bedeutung der „Dame des Herzens“ fällt nicht ohne weiteres mit ersterer zusammen.

Warin das Wesen der „Dame“ zu suchen ist? Man verzeihen mir, daß ich noch einmal die „Dame in Tränen“ und stellt sie Minna von Barnhelm gegenüber. Das Fräulein von Barnhelm ist gewiß ein angesehenes und vornehmes und gutgelesenes weibliches Wesen, und doch ärgert man, sie in der Schärfe des Begriffs eine „Dame“ zu nennen. Dazu fehlt es ihr an Haltung. Und vielleicht ist dies das Eigentümliche: die Haltung macht die Dame aus. Das kann äußerlich anerkennen sein, dann aber ist die Dame das himmelische Testifikationsgeschöpf oder die steife Repräsentantin, deren die Romantik spottete. Echte „Haltung“ aber ist ein Gehalt guter Genen, aus festem Adel erwachsen. So geht die Dame durch das Leben, und es scheint ein Wagnis, sich ihr zu nahen. Sie mag beschreiben, doch darf man keine Forderung an sie stellen. Sie geht, sie überstreift die staubige Straße, — es halet kein Schmutz an ihrem Saum.

## Bezirk Halle.

### Hallscher Lehrer-Verein und Konkordant.

Halle. Zu der Monatsversammlung sprach Herr Schulrat Pott-Sangerhausen über das Thema Reichsschulgesetz und Konkordant.

Dabei wies der Redner namentlich auf die Gefahren hin, die der Volksschule von dieser Seite aus drohen. Nach einem historischen Rückblick auf geschlossene Konkordant besichtigte er sich eingehend mit den Grundfragen und Bestimmungen, die ein solches Konkordant enthalten würde.

Nach einer angeregten Debatte, an der sich u. a. auch Herr Oberregierungsrat Saube beteiligte, wurde folgende Resolution mit starker Mehrheit angenommen:

„Die vom Hallschen Lehrer-Verein einberufene Versammlung erhebt nach einem Votum von Schulrat Pott-Sangerhausen Protest gegen die Gefahr der Zerschlagung der deutschen Volksschule und ihre Aufstellung an Bekennnisse und Weltanschauungsverbände.“

Wir rufen nicht nur die Lehrerhaft aller Schulen, sondern alle deutschen Väter und Mütter auf, denen eine gute Organisation und Sicherung der deutschen Schule am Herzen liegt, keinen Befreiungen Vorbehalt zu leisten, welche die Staatspflicht über die Schule gefährden könnten.

Ein Konkordant lehnen wir in jeder Form ab. Vor allem aber vermerken wir jede Bestimmung, die die Schule zum Gegenstand einer Verhandlung zwischen Staat und Kirche macht.

Staatsliche Hoheit über die Schule, Gemeinschaftsschule als Reppelschule nach der Verfassung, vor allem aber Gewissensfreiheit, wie sie den Lehrern in der Verfassung verbürgt ist, das sind die Forderungen, auf deren Grundlagen allein sich unser Schulwesen geistlich fortentwickeln kann.“

### Anmischung der Wohnungsnot zu Spekulationsgewinnen.

Halle. Eine in Thüringen wohnende Leserin unseres „Politischen Wegweiser“ macht uns auf eine im „Göttinger Tageblatt“ erschienene Zusammenstellung aufmerksam, aus der die starke Steigerung von Bodenpreisen und Baukosten ersichtlich ist. Als Beleg dafür bringt das Blatt folgende Tabellen:

Vorfälle	Börseanotierungen	
	Jan. 27	Ende April 27
Gesellschaft	88	101
Währerschaft	70	178
Terminrenten	89	111
Einkaufspreise	120	187
Handelspreis	120	187

Nicht nur die Bodenpreise steigen, sondern ohne jeden Grund — trotz Senkung der Steuern die Baukostenpreise. Je mehr wir in die Bauperiode hineinkommen, machen sich starke Preissteigerungen für Baumaterialien bemerkbar.

Vorfälle	Juli 1914		Okt. 1926		April 1927	
	18.60	41	45	—	—	—
1000 Mauersteine (Berlin)	38.00	45	55	—	—	—
Ratholz	0.80	0.85	1	—	—	—
Schalbretter	1.30	1.50	1.70	—	—	—
ungeholzte Bretter	—	—	—	—	—	—

Angedieser folcher ständig steigenden Preise kann von einer wirksamen Befämpfung und schließlich Hebung der Wohnungsnot kaum die Rede sein. Im Gegenteil wird die aus den preußischen Regierungsbezirken Breslau, Halle, Erfurt, Schneidemühl und aus den Freistaaten Sachsen und Thüringen übereinstimmend gemeldete Verschlechterung der allgemeinen Wohnungsverhältnisse durchaus ersichtlich. Da mit dieser aber auch eine Zunahme von Krankheiten, besonders in den Familien der Erwerbslosen, Kurzarbeiter und Kinderreichen zusammenhängt, so sollte man vor allem den eben gekennzeichneten Lebensstände einer verwerflichen Spekulation mit geistlichen Maßnahmen ganz energisch zu Leibe gehen.

Halle. Eine Bücherei für jedermann. Mit einem überraschenden Unternehmen, das sich vollstehend auswirken dürfte, tritt jetzt die Waldorff-Viktoria Zigarettenfabrik in Stuttgart an die Öffentlichkeit. Sie legt jeder Packung ihrer gangbaren Marke ein kleines netz ausgefallenes Heft mit 16 Seiten Lesestoff bei; je 8 Büchlein bilden eine Serie und bringen in bunter Abwechslung Unterhaltendes, Belohendes, Erheitendes, sowie wertvolle literarische Ausschnitte aus Werken der Vergangenheit und Gegenwart. Geistliche Hinweise und Notizen über Leben und Werte des Verfassers, die sich in jedem Heftchen befinden, regen zum weiteren Lesen an und vermitteln tiefen Wertes. — Geistige Größen unserer Nation wie Thomas Mann, Hermann Hesse, Reichsminister Rathenau, Staatspräsident a. D. Hellpach u. a. spendeten der „Oberl.“-Bücherei bereits ihren Beifall und bewiesen damit die kulturelle Bedeutung dieser neuen Methode zur Verbreitung volkstümlicher Literatur.

Halle. Die Volkshochschule in Halle veranstaltet am Sonntag, den 19. Juni, eine gemeinsame Fahrt nach Jena. Abfahrt von Halle 6.17 Uhr vormittags. Rückfahrt ab Jena 20.55 mit Anbruch in Halle 22.40 Uhr. Es sind u. a. Veranstellungen, Vorträge von Studentent Dr. Hübischmann, Dr. Schomera von den Zeitschriften und Professor Dr. Weber in Jena vorgesehen. Der Preis der Teilnehmerkarten für Fahrt, Vorträge, Müste und Tanzvorführungen und sämtliche Bestellungen beträgt M 4.—. Die Teilnehmerkarten müssen bis spätestens Donnerstag, den 16. Juni, gelöst werden. Verkauf in allen Verkaufsstellen der Teilnehmerkarten zu den Volkshochschulstellen. Einschlägige in das Programm auch in der Geschäftsstelle unseres „Politischen Wegweiser“, Halle, Große Brauhausstr. 30.

Nordhausen. Das Reichsrotterverband hat den Pfingsttagen einen Reichsrottertag. Den Auftakt des Festes bildete ein impoanier Fackelzug am Sonnabend abend durch die Straßen der Stadt Nordhausen. Im Mittelpunkt der Veranstaltung stand die Enthüllung des Denkmals für den verstorbenen Reichspräsidenten Friedrich Ebert, das von den republikanischen Kreisen der Stadt errichtet wurde. Die Einweihungsrede hielt Minister a. D. Seering. Als Redner der republikanischen Kundgebung auf dem Neumarkt sprach Landtagsabgeord-

meter Oberstudienrat Dr. Bohner-Magdeburg. Er forderte den Ausbau der Republik zu einem wahren sozialen Volksstaat. Bei den Wahlen im Jahre 1923 müsse überall in den deutschen Parlamenten eine schwarz-rot-goldene Mehrheit erreicht werden, um endlich die Republik wahr zu machen.

Weißenfels. D. D. P. Ortsgruppe Weißenfels. Montag, den 18. Juni, abends 8 Uhr Monatsversammlung im „Eichhüfen Hof“. Wegen wichtiger Tagesordnung bitten wir um zahlreiches Erscheinen. Der Vorstand.

Im Bezirk der Reichsbahn-Direktion Halle (Saale) sind während der Dauer des Sommerfahrplanes 1927 unter Vorbehalt jederzeitigen Widerrufs folgende

- D-Züge zur Benutzung mit Sonntagsrückfahrkarten gegen Zahlung des Schnellzugzuschlages freigegeben:
- D 7, D 37, D 49 für Strecke Halle (Saale)—Berlin.
  - D 32, D 50 für Strecke Berlin—Halle (Saale).
  - D 22, D 28, D 238 für Strecke Berlin—Weipzig.
  - D 156, D 237 für Strecke Weipzig—Berlin.
  - D 106 für Strecke Halle (Saale)—Nordhausen.
  - D 106 f. Strecke Halle (Saale)—Sagan u. umgekehrt.
  - D 45, D 46 für Strecke Dessau—Berlin und umgekehrt.
  - D 132 für Strecke Weipzig—Goslar.

## Zur Beachtung!

Unsere Parteigeschäftsstelle mußte wegen Umbau des Hauses abermals verlegt werden. Sie befindet sich jetzt

## Große Brauhausstraße 30 (Ritter-Passage).

Wir bitten, dies bei allen Zuschriften und Sendungen zu beachten.

## Deutsche Demokratische Partei in Halle.

### Soziales

#### Die neue Arbeitslosenversicherung. Besondere Besichtigungen.

In der ersten Lesung des Gesetzes über die Arbeitslosenversicherung, die wir vor hören, in diesen Tagen abgefaßt werden soll, hat der Soziale Ausschuss des Reichstages Beschlüsse gefaßt, die die Erwerbslosen ganz wesentlich schlechter als jetzt stellen. Zwar soll die Bedürftigkeitsprüfung in Zukunft fortfallen, jedoch also der Erwerbslose mit dem Eintritt der Arbeitslosigkeit einen Anspruch auf Arbeitslosenunterstützung erhält — ohne Rücksicht darauf, ob er im Einzelnen bedürftig ist oder nicht. Aber die jetzt noch bestehende Bedürftigkeitsprüfung hat doch in Wirklichkeit nur sehr wenige Antragsteller von dem Bezuge der Erwerbslosenunterstützung ausgeschlossen. Andererseits ist in den Beschlüssen der ersten Lesung vorgesehen worden, daß die Anwartschaftszeit für den Bezug von Erwerbslosenunterstützung von 13 Wochen (wie es jetzt ist) auf 26 Wochen verlängert wird. Es lautet ein, daß durch diese Bestimmung viele Erwerbslose in Zukunft keine Arbeitslosenunterstützung erhalten, sondern der gemeinnützigen Wohlfahrtspflege anheimfallen werden. Ferner soll die Unterhaltungsabgabe von 33 Wochen auf 26 Wochen herabgesetzt werden. Auch dies stellt eine starke unsoziale Bestimmung dar.

Vor allem aber werden die Leistungen der Arbeitslosenversicherung, die ja nicht mehr, wie es jetzt ist, alle die gleiche Höhe haben werden, sondern nach dem früheren Lohn abgemessen sind, zum großen Teil weit unter den Sätzen der Erwerbslosenversicherung liegen. Wird dieses Gesetz, so werden zahlreiche Erwerbslose neben ihrer Arbeitslosenunterstützung gleichzeitig von der gemeinnützigen Fürsorge unterstellt werden müssen.

Es ist zu hoffen, daß bei der zweiten Lesung diese unsozialen Bestimmungen ausgemerzt werden.

#### Reichsmittel für die Kinderpeisung.

In den Reichshausplan 1927 wird wiederum einige Millionen für die Kinderpeisung eingesetzt worden. Bisher erfolgte die Verteilung der Reichsmittel durch den noch bestehenden „Zentralausschuß für die Auslandshilfe“. Dieser leitete die Gelder über die sogenannten Mittelstellen, in Preußen die Landeshauspläne, die ihrerseits die Mittel an die Gemeinden weiterverteilten.

Die Länder stellen nun aber ihrerseits ebenfalls Mittel für die Kinderpeisung zur Verfügung, verteilen diese aber zum großen Teil nicht über dieselben Stellen, sondern durch ihre eigenen Organe. So werden die Mittel, die in dem preußischen Etat vorhanden sind, vornehmlich durch die Regierungspräsidenten verteilt werden. Dieses Nebeneinanderarbeiten verschiedener Stellen bei der Verteilung von Mitteln, die dem gleichen Zweck dienen, ist nicht zweckmäßig. Eine Zusammenfassung der Reichs- und Landesmittel in der Hand derselben Verteilungstellen erscheint notwendig. Sogleich wird das Reichsernährungsministerium den Wünschen der Länder folgen und die Reichsmittel nicht mehr durch den Zentralausschuß für die Auslandshilfe verteilen, sondern den Ländern zur weiteren Verteilung überlassen.

### Erhöhung der Krankenversicherungspflichtgrenze für Angestellte beantragt.

Compt. Der Gewerkschaftsbund der Angestellte beantragt in einer an das Reichsarbeitsministerium gerichteten Denkschrift die Angleichung der Versicherungspflichtgrenze für Angestellte bei der Krankenversicherung derjenigen, die bei der Angestelltenversicherung bereits längerer Zeit Gültigkeit hat. Er begründet seine Forderung damit, daß die jetzige Grenze von 2700 Mark reiseeinkommen lediglich einer Friedensgrenze von 1800 Mark entspricht und keinesfalls den veränderten Verhältnissen Rechnung trüge. Er weist darauf hin, daß die Angestelltenversicherung auch die Arbeitslosenversicherung (Erwerbslosenversicherung) einbringe, die 500 Mark monatlich als fiktivbedürftig registrierte und aus dem gleichen Grunde bei der Unfallversicherung vor Jahren die Gehaltsgrenze überhaupt gestrichelt worden ist, jedoch den Versicherern der gesetzlichen Schutz grenz geteilt wird. Der Compt. glaubt darauf hin zu müssen, daß sich Angestellte mit mehr als 225 Monatsentkommen wohl freiwillig weiter versichern lassen, daß sie aber im Gegensatz zu ihnen von der Versicherungspflicht erfaßt werden können, die Kosten der Versicherung und ganz selbst zu tragen haben. Mit Rücksicht auf, daß schon in der Vorkriegszeit die Krankenversicherungspflicht auf Angestellte bis mit 2500 Mark Zeiteinkommen ausgedehnt war, ist nach Ansicht des Antragstellers die dringende Notwendigkeit für eine zeitige Erhöhung der Krankenversicherungspflichtgrenze für Angestellte gegeben.

### Gegen die Portoerhöhung.

#### Schwere Belastung der deutschen Städte!

Der Deutsche Städtebund wendet sich in einer Eingabe an den Verwaltungsrat der Posten Reichspost gegen die beabsichtigte Erhöhung der Postgebühren. In der Eingabe wird ausgeführt, daß die Erhöhung der Postgebühren wesentliche Steigerung der gemeindlichen Ausgabe bedeutet. Allein in der Stadt Berlin werde der Räumhaushalt mit einem Mehraufwand von rund 360 000 jährlich belastet, wobei die Betriebe und Werkstätten berücksichtigt seien. Ähnlich lägen die Verhältnisse in den übrigen Stadtverwaltungen. Die leider noch nicht fortgesetzten steigenden Ausgaben der Gemeinden, insbesondere auf sozialpolitischem Gebiet, und die wachsende Sprengkraft der Städte auf dem Gebiete des Verkehrs und der Wohnungswirtschaft würden durch derartige waltige Tarifserhöhungen außerordentlich verschärft. Auch von den Städten aus angestrebten im Interesse der Wirtschaft dringendsten gewinnlichen Steuererleichterungen würden dadurch unmöglich gemacht. Der Städtebund daher den Verwaltungsrat der Reichspost dringend Vorlage des Reichspostministeriums seine Zustimmung verweigern.

### Fingblätter über Berufsberatungfragen

Schulen. Der Preussische Kultusminister weist in einem Schreiben an die Ministerien für Handel und Gewerbe im Namen des Ministers für Handel und Gewerbe eine Mitteilung an die Regierungen und Provinzialverwaltungen auf die Tatsache hin, daß in Schulen die Frage der Berufsberatung gelegentlich durch die Angestelltenverbände und der Arbeitervereine verteilt worden sind, die in ihrer Beurteilung über die wirtschaftlichen Aussichten gewisser Berufe weit auseinandergehen. Die gemeinnützigen Stellen einer Berufsberatung werden durch solche widersprechenden Angaben oftmals geradezu verunsichert. Da die Schulen naturgemäß nicht in der Lage sind, Angaben der Angestellten über ihre Berechtigung hin zu prüfen, ersucht der Minister, dem Amnialien Preussischer Ministerium zufolge die nachgeordneten Behörden, Sorge zu tragen, daß nur solche Berufsberatungsmittel in den Schulen zur Verfügung kommen, das durch zuverlässiger und Berufsberatungsinstitutionen bei betriebsnachweisbaren den Schulen zur Verfügung gegeben wird.

### Neue Bücher.

Eine Bücherei für jedermann. Mit einem überraschenden Unternehmen, das sich vollstehend auswirken dürfte, tritt die Waldorff-Viktoria Zigarettenfabrik in Stuttgart an die Öffentlichkeit. Sie legt jeder Packung ihrer gangbaren Marke ein kleines netz ausgefallenes Heft mit 16 Seiten Lesestoff bei; je 8 Büchlein bilden eine Serie und bringen in bunter Abwechslung Unterhaltendes, Belohendes, Erheitendes, sowie wertvolle literarische Ausschnitte aus Werken der Vergangenheit und Gegenwart. Geistliche Hinweise und Notizen über Leben und Werte des Verfassers, die sich in jedem Heftchen befinden, regen zum weiteren Lesen an und vermitteln tiefen Wertes. — Geistige Größen unserer Nation wie Thomas Mann, Hermann Hesse, Reichsminister Rathenau, Staatspräsident a. D. Hellpach u. a. spendeten der „Oberl.“-Bücherei bereits ihren Beifall und bewiesen damit die kulturelle Bedeutung dieser neuen Methode zur Verbreitung volkstümlicher Literatur.

Die Zuckerkrankheit, deren Ursachen, Erscheinungen, richtiges Erkennen und erfolgreiche Behandlung. Nach Erörterung gemeinverständlich bearbeitet von Dr. med. Preis I., — M. H. Auf. Hof-Verlag Edmund Dörmann, S. — Ein angelaubter großer Teil der Menschen leidet an Zuckerkrankheit, ohne es überhaupt zu wissen. Jeder den Anzeichen der Zuckerkrankheit, zumal sich herausgestellt hat, daß der Zucker im Harn gebildet, sondern direkt aus dem Blute in den Harn ausgeschieden wird. Auf dieser Erkenntnis baut sich eine neue Behandlung auf, und da im jahresheftigen Folge zur Seite stehen, dürften die in diesem Buche niedergelegten Erfahrungen den Leidenden wertvolle Dienste leisten.

### Bei unregelmäßiger Post-Bestellung

bestimmere man sich stets bei dem zukünftigen auch, auch dann, wenn dem Best. unsere 3 durch den Verlag überwiesen wird.

# Politischer Wegweiser

Mitteldeutsches Wochenblatt für Freiheit und Vaterland.

Der Politische Wegweiser erscheint wöchentlich einmal an jedem Sonnabend. — Bezugspreis: 75 Goldpfennig monatlich (einschl. Postgebühren). — Bestellungen nehmen alle postfähigen Verleger, Druckereien und Buchhandlungen, die den Verlag Halle (Saale), Gr. Sandbühlstraße 30, entgegen. — Einzelhefte kosten 10 Goldpfennig. — Abnahmebestellungen werden nur bei Vorzahlung angenommen. — Druck und Verlag: Halle (Saale), Gr. Sandbühlstraße 30.

Anzeigenpreis: Für die gewöhnlichste Zeile 11 Goldpfennig. — Anzeigen in Reklametext 1 Mark. — Anzeigenannahme durch den Verlag des Politischen Wegweiser, Halle (Saale), Gr. Sandbühlstraße 30. — Druck und Verlag: Halle (Saale), Gr. Sandbühlstraße 30. — Abnahmebestellungen werden nur bei Vorzahlung angenommen. — Druck und Verlag: Halle (Saale), Gr. Sandbühlstraße 30.

Nummer 24

Halle (S.), 11. Juni 1927

3. Jahrgang

## Bedrohliche Zwischenfälle.

Der serbisch-italienische Konflikt — Vermittlung der Westmächte — Die Verhaftung in Tirana — Neue Gefahren — Jugoslawische Vorsichtsnahmen — Beschuldigungen gegen Stajan — Secolo und Dewre — Anrufung des Völkerbundes? — Der Artikel 19 der Akte — Begegnung Chamberlains und Mussolini? — Scharfe Reden in Moskau — Ermordung Wojkow — Litwinows Note — Deutschland als Vermittler — Stresemann und Tschitscherin — Peinliche Aufgaben — Neue Kämpfe in der inneren Politik — Beamtenbesoldung und Steuervereinfachung — Reich und Länder — Der Fall Birth — Der Flug Chamberlains — Die Technik als Friedensbürg.

Mit Aufgebot aller diplomatischen Mittel war es den beiden Westmächten gelungen, den italienisch-jugoslawischen Konflikt seiner Gefahren zu entkleiden. Man hätte die beiden Regierungen dazu vermocht, in direkte Verhandlungen miteinander einzutreten. Erfahrungsgemäß verzögert dann ein solcher Streitfall an Bedeutung, da die Wochen hindurch sich hinziehenden Besprechungen fast immer zu einer Annäherung führen. Nachdem es zu dieser Aussprache gekommen war, schien der Konflikt seine Bedeutung endgültig verloren zu haben. Ein peinlicher Zwischenfall läßt ihn jedoch in voller Schärfe wieder aufleben. Die albanische Regierung hat ein Mitglied der serbischen Gesandtschaft verhaftet, was eine schwere Verletzung des Völkerrechts darstellt, da alle diplomatischen Vertreter den Schutz der Exterritorialität genießen. Nachdem die Bemühungen des Belgrader Kabinetts, Genugtuung zu erhalten, vergeblich gewesen sind, kam nun noch ein Abbruch der diplomatischen Beziehungen in Frage, der auch in der Tat erfolgt ist. Sichtlich sind die Serben also vollkommen im Recht. Ob ihre Behauptung hingegen, daß hinter Albanien eine Großmacht, gemeint ist natürlich Italien, steht, ist mehr als zweifelhaft. Zu mindestens sind sich kein Beweis dafür erbringen lassen. Ein Artikel im Secolo, wonach der Abbruch der Beziehungen für Stajan den letzten Anstoß zum Eingreifen darstellte, läßt bereits den gegenteiligen Schluß zu. Dabei darf natürlich nicht verkannnt werden, daß jede Welterung Italiens als Schutzmacht Albanien auf den Plan rufen würde. Eine gewisse Gefahr ist damit wieder in greifbare Nähe gerückt.

In Belgrad hat man einen Kabinettsrat abgehalten, der sich offenbar mit sehr engeren Vorsichtsmaßnahmen beschäftigt hat. Die gesamte Note erhielt Befehl, sich in die heimathlichen zurückzuführen, auch wurden sämtliche Grenzen militärisch gesichert. Ob ein innerer Zwang dazu vorhanden war, läßt sich nicht beurteilen. Jedenfalls zeigt es eine erhebliche Nervosität, die viel bedeutender ist, als die Tatsache selbst. Gerade in dieser Stimmung entstehen die Verhandlungen, die häufig genug vergebnislos werden. Daß England den Konflikt unterdrücken will, kann man sich sicher annehmen. Eigenartig ist diesmal die Lage Frankreichs, das gewisse Verpflichtungen gegen seinen serbischen Schutzstaat hat und mit wachsender Beforgnis diese ohne Entwidnung verliert. Die Mehrheit der Pariser Blätter macht aus ihrer Abneigung keinen Hehl. Sie erachtet das jugoslawische Vorgehen als unbecquem und läßt es die Belgrader Regierung ziemlich deutlich empfinden. Nur der Dewre macht eine Ausnahme, dessen nahe Beziehungen zu Briand seinen Ausführungen erste Bedeutung geben. Er verlangt von Chamberlain eine Intervention in Rom, womit also gesagt wird, daß man auch in Rom die italienische Regierung für den Trugsieger des Zwischenfalles hält. Der britische Außenminister befindet sich zur Stunde in einem Sauneparade, wo auf französischem Boden, wie er es vor Genfer Tagungen zu tun beliebt. Londoner Gerüchte wollen wissen, daß er sich schon vor der Sitzung des Völkerbundes in Berlin mit Mussolini trifft. An sich wäre das nicht unangenehm, da er fast regelmäßig seinen Aufenthalt in der Ordnung zu solchen Begegnungen mit dem Duce bezieht hat. Der Ernst der Lage ist unverkennbar.

Die im Zusammenhang mit dem serbisch-albanischen Konflikt am meisten erörterte Frage ist das Verhalten des Völkerbundes. Daß er von sich aus niemals einschreiten wird, ist klar. Er hat eine ungenügende Geschäftigkeit, sich auch blind zu stellen, obwohl das seinen eigentlichen Aufgaben nicht ganz entspricht. Anders aber liegen die Dinge, wenn einer der am Streit beteiligten Staaten, Genuevras folgt. In Tirana scheint man dazu nicht überwillig zu haben und wird durch den Secolo Artikel noch förmlich von italienischer Seite ermuntert, obwohl dort immer eine gewisse Scheu geherrscht hat, diese Angelegenheiten vor das Genfer Forum zu bringen, weil damit auch der Tiranavertrag, den man bisher immer als eine private Sache betrachtet hat, erörtert werden müßte. Dabei man sich überall bewußt, daß Italien auch die leistungsfähigste mit seinem sofortigen Auscheiden aus dem Völkerbunde beantwortet würde. Andeutungen der französischen Presse, die durch die italienische bestätigt werden,

solten den Schluß zu, daß man, falls es zur Aussprache kommt, auch eine Nachprüfung aller geltenden Verträge — gemeint sind in erster Linie die Friedensverträge von 1919 — fordern wird. Etwas Unangenehmeres könnte den Franzosen gar nicht widerfahren. Sie haben sich bisher mit Erfolg gegen die Anwendung des Artikels 19 der Völkerbundsakte getraut, der als eine Kannoschiffahrt — eine Maßvorschrift wäre viel besser — eine Nachprüfung der internationalen Lage und Verträge ausdrücklich vorsieht, wenn eine Bedrohung gegeben ist. Die Franzosen finden, daß es dann nicht bei Erörterung der Basisverhältnisse bleibt, sondern auch zu einer Unterdrückung der mitteleuropäischen Situation kommen könnte. Wir selbst können nicht die Initiative ergreifen, da wir vorläufig auf die gute Laune in London und Paris Rücksicht zu nehmen haben. Doch wäre es eine ausgezeichnete Gelegenheit, dann von uns aus die Unerträglichkeiten des Versailles Vertrages zur Sprache zu bringen. Wir brauchen ja nur an Wien, Danzig, Korridor, Ostoberschlesien, Saargebiet zu erinnern. Das aber ist es gerade, was man in Paris vernünftig wissen müßte.

Der englisch-russische Konflikt hat vorläufig nicht viel von seiner Schärfe verloren. Vor Birkenhead hat zwar eine Rede gehalten, die ein gewisses Entleeren zeigt, und das ist besonders wichtig, weil er zu den Vertretern der schärferen Front gehört, aber in Moskau zeigt man wenig Begehr, selbst irgendwelchen Schritt zu tun. Man hält wenig, die eher neues Öl in das Feuer gießen, obwohl man die nicht zu traglich nehmen sollte. In Moskau sieht man die großen Worte, um die eigene Unsicherheit zu verbergen. An einen Waffengang denkt man nicht und kann man nicht denken, aber man muß das dem eigenen Volke gegenüber doch etwas verschleiern. So ähnlich hält es ja Mussolini auch. Unangenehm ist dabei die deutsche Stellung, die zwischen beiden Lagern steht und daher auch der geeignete Vermittler wäre. Nur ist das keine Aufgabe, nach der man sich drängt, da man dabei niemals Dank erntet, sich aber sehr zwischen zwei Stühle setzen kann. Gar erpönt wird Deutschland eine Vermittlerfähigkeit nicht, Herr Tschitscherin hat die merkwürdige Angewohnheit, immer bei seinem Freunde Stresemann zu erscheinen, wenn dieser die Köpfe für Genf packt. Der Frage Vorkommnisse weiß schon, was er damit will. Es soll Stresemann zweifellos mit Tschitscherin über die Beziehungen zwischen Berlin und Moskau ebenso bedeutsam sind.

**Gehören Sie schon**  
der Deutschen Demokratischen Partei an?  
**Wenn nicht,**  
klären Sie bitte die Demokratie durch Ihren Beitritt.

wie die Mitgliedschaft des Reiches im Völkerbunde. Der Pfingstbegegnung in Baden-Baden der beiden Staatsmänner kommt aber diesmal erhöhte Bedeutung zu, weil Stresemann zweifellos mit Tschitscherin über die Beziehungen zu England gesprochen hat und dann Chamberlain darüber Bericht erstatten muß. Enttäuscht ist man nicht darüber. Nur kann sich Deutschland nicht dieser eigenartigen Betätigung entziehen.

Nach bei dem Frühstünd in Baden-Baden haben die politischen Dinge gar nicht so überaus. Eine Annäherung Englands und Russlands lag nicht ganz außer Bereich der Möglichkeit, auch wenn man sie nicht von heute zu morgen erwarten dürfte. Da traf die verhängnisvolle Meldung aus Warschau ein. Auf dem Bahnhöfe, wo er den von London nach Moskau durchreisenden Führer der Handelsabordnung Kowoloff begrüßte, wurde der russische Gesandte in Polen Wojkow von einem monarchistischen

russischen Schüler ermordet. Der Mord ist ja bei Monarchisten eine der am häufigsten angewandten politischen Machtmittel. Nicht nur im Ausland. An ihn also ein Ereignis, das man beinahe als eine Familienangelegenheit betrachten kann. Aber Litwinow sah sie anders an. Er ist ja immer bereit, seinem Freunde Tschitscherin Knüttel zwischen die Beine zu werfen. Während dieser sich sehr ruhig zu Pressevertretern äußerte, hat sein Stellvertreter in Moskau eine scharfe Note nach Warschau gerichtet. Er zählt darin alles Ungemach auf, das die Sowjets erfahren haben. Die Besetzung der Postfach in Peking, den Überfall auf Urcos und den Abbruch der Beziehungen zu England. Woraus er logisch schließt, daß diese Politik die russischen Emigranten in ihren Plänen ermuntert haben. Polen aber habe nicht genügend Vorsorge getroffen, obwohl gerade auf seinem Boden die russischen Emigranten in ihren Plänen ermuntert haben. Polen aber habe nicht genügend Vorsorge getroffen, obwohl gerade auf seinem Boden die russischen Emigranten besonders geschäftig seien. Wir stehen gewiß nicht im Verdacht besonderer Freundschaft zu Polen, finden aber diese Anklage unbegründet. Kein Staat vermag solche Attentate zu verhindern. In Berlin haben wir ja auch Ermordungen russischer und türkischer Staatsmänner ertragen müssen. Was Litwinow will, ist ganz offenbar ein Konflikt schärfter Ausprägung, der naturgemäß auch sofort die Westmächte, vor allem England, wieder in eine gewisse Stimmung bringen muß. Frankreich hat eben erst einen Vorvertrag mit den Russen über die juristischen Schritte im Falle eines Konfliktes geschlossen. Die englische Aufregung Polens ist geeignet, neue

bertrag. Eine am 14. der ganze Reihe hungen Anlaß ch nicht. Es dann in mäh-en besitzigen ngsoerichtsden-uelle dürfte ie Erhöhung er Justizseiner obenstlicher ist ertz Dr. Köh-n Abdruckung und Länder r. Am stärkst-ter erörtert che diese An-nd aber dabei emittiert. Seine hätte er etwas ten sein sol-ten. Wirtch und dem Zentrum und die Entfernung Dr. Brechts aus dem Reichsinnenministerium in irgendeiner Form zur Erörterung gelangen, läßt sich noch nicht absehen. Sollte es dazu kommen, so wird sich voraussichtlich im hohen Hause ein sehr reger Gedankenaustausch entwickeln.

Ein erfreuliches Ereignis ist in diesen Pfingsttagen zu suchen. Nachdem Lindbergh seinen Flug über den Ocean glänzend durchgeführt hat, ist das gleiche Waqnis Chamberlain und Levine geglückt. Leider hat ihre kleine Tat äußerlich eine Einbuße dadurch erlitten, daß sie sich nach Gotthaus verfliegen und Berlin nicht zur festgesetzten Stunde erreicht haben. Trotzdem haben sie den Weltretter geschlagen und es war nur bedauerlich, daß ihnen die Reichshauptstadt einen jubelnden Empfang bereiteite, an dem vom Reichspräsidenten angefangen sich alle Bevölkerung beteiligt haben. Vorläufig noch die Heldentat zwingt die Völker anerkennen und läßt die Entfernungen zwischenschmumpfen. Je stärker diese Entwicklung sich vollzieht, umso mehr wird sie eine Friedensbürgschaft.

Richard Man.

